

E-Government-Masterplan 2006 - 2008

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG.....	4
2	E-GOVERNMENT-ARCHITEKTUR	6
3	GEMEINSAME INFRASTRUKTUR UND MIDDLEWARE	8
4	DATEN.....	9
4.1	BESTEHENDE DATENMODELLIERUNG.....	10
4.2	XÖV.....	10
5	BASISDIENSTE	11
6	ANWENDUNGEN DER DIENSTSTELLEN	13
7	ORGANISATORISCHE MAßNAHMEN.....	15
7.1	GESCHÄFTSPROZESSOPTIMIERUNG	15
7.2	IT - BESCHAFFUNG.....	15
7.3	VIRTUELLE REGION NORDWEST (WWW.VIR-NORDWEST.DE).....	17
7.4	NORDDEUTSCHE KOOPERATION	20
7.5	DEUTSCHLAND-ONLINE	20
7.6	EUROPÄISCHE STÄDTE UND REGIONEN	21
7.7	IDABC.....	21
8	RECHTLICHE MAßNAHMEN	23
8.1	IFG.....	23
8.2	E-GOVERNMENT-VERTRÄGLICHKEIT	24
9	KULTURELLE MAßNAHMEN	25
10	ANLAGE: BESCHREIBUNG DER INFRASTRUKTUR, MIDDLEWARE UND BASISDIENSTE .	26
10.1	GEMEINSAME INFRASTRUKTUR UND MIDDLEWARE	26
10.1.1	<i>BVN</i>	<i>26</i>
10.1.2	<i>Deutsches Verwaltungsnetz (DVN) und Testa (Trans-European Services for Telematics between Administrations)</i>	<i>28</i>
10.1.3	<i>AD and Identity Management.....</i>	<i>30</i>
10.1.4	<i>Exchange</i>	<i>32</i>
10.1.5	<i>Governikus.....</i>	<i>34</i>
10.1.6	<i>Anbindung von DVDV und DNDV</i>	<i>36</i>
10.2	BASISDIENSTE	39
10.2.1	<i>Informationssystem „InfoSys“, Verwaltungsportal im Intranet</i>	<i>39</i>
10.2.2	<i>bremen.de, offizielles Informationssystem des Landes Bremen.....</i>	<i>41</i>
10.2.3	<i>VIS-Kompakt</i>	<i>43</i>
10.2.4	<i>Beteiligungsplattform</i>	<i>44</i>
10.2.5	<i>Elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach in Bremen (EGVP/EGVP-HB).....</i>	<i>46</i>
10.2.6	<i>Elektronische Langzeitarchivierung.....</i>	<i>49</i>
10.2.7	<i>E-Vergabe.....</i>	<i>50</i>
10.2.8	<i>E-Katalog</i>	<i>53</i>
10.2.9	<i>SAP.....</i>	<i>55</i>
10.2.10	<i>E-Learning.....</i>	<i>57</i>
10.2.11	<i>Arbeitszeiterfassung</i>	<i>58</i>
10.2.12	<i>Geodaten</i>	<i>59</i>

Dokument-Bearbeiter/-in:

Wer hat bearbeitet?	Was wurde geändert?	Datum
Schwellach	Trennung E-Government vom IT -Konzept;	4.7.2006
Dr. Hagen	Überarbeitung	5.7.2006
Dr. Hagen	Formatierung	6.7.2006

1 Einleitung

Die Weiterentwicklung von E-Government ist die zentrale inhaltliche Aufgabe der übergreifenden IT - Strategie in der Bremischen Verwaltung. Denn um die Ziele der IT-Strategie auch praktisch zu erreichen, müssen entsprechende IT – Systeme eingesetzt werden. Gemäß der Zielsetzung gebündelter IT – Querschnittsaufgaben besteht die inhaltliche Herausforderung an die IT – Strategie, die geeigneten technischen Komponenten auf Netzwerk- und Dienstebene zu identifizieren.

Überdies müssen die Komponenten untereinander abgestimmt und auf die Anforderungen der Ressorts sowie der Kunden, insbesondere den Unternehmen, anderen Verwaltungen sowie den professionellen Nutzern, den so.g „Mittlern“, hin optimiert werden.

Angesichts der finanziellen Restriktionen einerseits und der demographischen Veränderungen andererseits kann nur durch die verbesserte IT - Unterstützung des Verwaltungshandelns Leistungsqualität und –breite gehalten werden, ohne dabei insbesondere personelle Mehraufwendungen in Anspruch zu nehmen.

Diese inhaltliche Priorisierung ist Gegenstand des E – Government – Masterplanes,.

Unter E-Government, kurz für Electronic Government, wird die Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Regieren und Verwalten mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien verstanden. Diese – sog. „Speyerer“ – Definition macht deutlich, dass E-Government sich auf alle Verwaltungsprozesse bezieht. Dabei ist es zunächst einmal unerheblich, ob es bereits bestehende IT - Verfahren gibt oder nicht. In jedem Fall ist das Ziel, die Kommunikation der Verwaltung mit den Bürgerinnen und Bürgern (sog. „G2C“ – *Government to Citizen*), mit den Unternehmen („G2B“ – *Government to Business*) oder der Verwaltungen untereinander („G2G“ – *Government to Government*) elektronisch zu verbessern und zu optimieren. Ein derart umfassender Gültigkeitsanspruch, der sich auf alle Formen des Verwaltungshandelns sowie auf alle Bereiche bezieht erfordert ein umfassendes Konzept zur Umsetzung. Dieses Konzept ist der E-Government-Masterplan, der in der Version 2006/2007 als inhaltliche Ausgestaltung parallel zum IT – Konzept vorgelegt wird.

Der E-Government-Masterplan bündelt von daher alle notwendigen technischen, organisatorischen und rechtlichen Maßnahmen, mit deren Hilfe E-Government in der Bremer Verwaltung unter Berücksichtigung der technischen und organisatorischen Rahmenbedingungen (s IT - Strategie, Kap. 3), zur Erreichung der Ziele Sicherstellung der IT - Qualität, Verwaltungsnahe IT - Arbeitsplätze am Standort Bremen, Innovationsfähigkeit des IT - Standortes Bremen und Effizienz (s. ausführlich IT – Strategie, Kap. 2) und unter Berücksichtigung der Neuausrichtung der IT - Strategie (s. IT – Strategie, bes. Kap. 5) erreicht werden können.

Der E-Government-Masterplan enthält insgesamt Maßnahmen (ohne Bündelung) mit einem geplanten Mittelvolumen von 11,84 Mio. Euro für die Jahre 2006 bis 2008, für die aber im Haushalt in 2006 nur etwa 2,6 Mio. Euro und 2007 1,7 Mio. Euro zur

Verfügung stehen. Es handelt sich dabei um laufende Maßnahmen und geplante Anmeldungen der Ressorts.

Die im Masterplan beschriebenen Projekte werden zum überwiegenden Teil über E-Government-Globalmittel finanziert. Aufgaben aus den Bereichen OSCI und EU-Partnerschaften werden vollständig oder zur Hälfte aus Drittmitteln finanziert. Aufgaben aus dem Bereich Telekommunikation werden aus TK-Mitteln finanziert.

Weil aufgrund fehlender Mittel viele Projekte nicht umgesetzt werden können, stellt das Planungsinstrument Forecast des Senators für Finanzen sicher, dass die vorhandenen Mittel nach Prioritäten und Projektfortschritt optimal eingesetzt werden.

Im Forecast werden die voraussichtlichen Mittelabflüsse projektbezogen dargestellt. Dabei wird nicht nur die absolute Höhe der Ausgaben vermerkt, sondern auch die Wahrscheinlichkeit, mit der die Ausgabe anfällt. Diese richtet sich nach dem Stand der Projektplanung. Gibt es erst eine Projektidee, werden die Mittel in Höhe von 10 Prozent bewertet. Projekte in konkreter Planung werden mit 50, sofern sie sich schon in Vertragsverhandlungen befinden mit 80 Prozent bewertet. Projekte, die bereits rechtlich verpflichtet sind und in der Umsetzung befinden werden zu 100 Prozent berücksichtigt und aus den verfügbaren Haushaltsmitteln finanziert.

Der Forecast stellt die haushaltsrechtlich gebotene Mittelbewirtschaftung sicher und verbindet diese mit den Vorteilen einer Projektplanung, die berücksichtigt, dass nicht alle zu einem gegebenen Zeitpunkt geplanten Projekte gleichzeitig und so wie geplant umgesetzt werden. So wird verhindert, dass Mittel für ein Projekt verpflichtet werden, die dann später gar nicht benötigt werden. Das hatte früher zur Folge, dass am Ende eines Haushaltsjahres einerseits noch Restmittel vorhanden waren, andererseits aber während des laufenden Jahres Projekte nicht oder nur ungenügend geplant wurden.

Die in den Kapiteln 3, 4 und 5 angegebenen Summen sind die Projektumfänge gemäß der Mittelanmeldungen. Auf die gewichtete Darstellung wurde aus Übersichtlichkeitsgründen verzichtet.

2 E-Government-Architektur

Die technische E-Government-Infrastruktur muss mehreren, z.T. in einem Zielkonflikt stehenden, Anforderungen, gerecht werden. Sie muss sicher und nutzerfreundlich, kostengünstig und flexibel bzw. anpassbar sein.

Die öffentliche Verwaltung hat, vereinfacht gesagt, höhere Ansprüche an die Sicherheit des E-Government als im E-Commerce. Während im elektronischen Handel im Prinzip die Vertraulichkeit und die Zahlungsabwicklung geschützt werden, müssen im E-Government auch die Ziele der Rechtsverbindlichkeit (Willenserklärung, Unabstreitbarkeit), der korrekten Identifikation sowie der Berechtigung – im Zielkonflikt mit dem Wunsch nach Anonymität – erreicht werden. Die weltweite Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, dass die Verwaltung zur Erreichung dieser Ziele zwar auf bestehende Lösungen für Banken und Handel aufbauen kann, letztlich bei der Entwicklung dieser Lösungen auf sich selbst gestellt ist.

Dass IT - Anwendungen nutzerfreundlich sein sollen, ist allgemeiner Standard. Die Nutzerfreundlichkeit von E-Government steht aber vor zwei Herausforderungen, die E-Commerce-Anwendungen in der Regel nicht haben. Die erhöhten Sicherheitsanforderungen setzen den Einsatz zusätzlicher Technologien voraus, mit denen die Nutzer häufig noch nicht vertraut sind. Klassisches Beispiel dafür ist die Signaturkarte, die zur Sicherstellung der Rechtsverbindlichkeit und Identifikation auf höherem Niveau als Nutzeridentifikation und Passwort benötigt wird, deren Handhabung aber kompliziert ist und auch die Installation eines Kartenlesers benötigt. Zweitens sind Verwaltungsleistungen grundsätzlich komplizierter als Bestellvorgänge von Büchern oder Flügen. Eine Einkommenssteuererklärung, aber auch schon eine Ummeldung, bei der Lohnsteuerklassen und Übermittlungssperren erfasst werden, sind für die meisten Bürgerinnen und Bürger eben nicht selbstverständliche Vorgänge.

Um diese strukturellen Hürden der E-Government-Anwendungen – Sicherheit und Verwaltungsanforderungen – auszugleichen, ist eine besondere Nutzerfreundlichkeit notwendig. Das bedeutet zum einen strikte Einhaltung software-ergonomischer und barrierefreier Grundsätze, andererseits auch die Schaffung von Mehrwerten, die den erhöhten Lern- und Benutzungsaufwand kompensieren. Das können z.B. schnellere Bearbeitungen, besserer Service (z.B. Einsicht in Bearbeitungsstände) oder das Vermeiden von Behördengängen oder Wartezeiten auf Ämtern sein.

Sicherheit und Nutzerfreundlichkeit verteuern tendenziell die Kosten von E-Government. Grundsätzlich ist dabei zu bedenken, ob nicht auch eine „teure“ E-Government-Leistung noch günstig ist, wenn sie mit dem Personaleinsatz verglichen wird, der zur Erledigung einer Aufgabe ohne IT - Einsatz notwendig wäre. In der Praxis ist jedoch auch wegen der tendenziell unter Druck stehenden IT - Budgets eine kostengünstige Realisierung von E-Government zwingend für die Auftraggeber.

Kostengünstige E-Government-Lösungen können deshalb nur dann erreicht werden, wenn Standards gesetzt und Basiskomponenten definiert werden, die für alle E-

Government-Anwendungen gleichermaßen eingesetzt werden können. Der notwendige Entwicklungsaufwand fällt dann nur einmal an und kann im Prinzip zwischen allen Anwendern geteilt werden.

Den unterschiedlichen Anforderungen, die sich aus den fachspezifischen Nutzungen ergeben, muss dann durch eine entsprechende Anpassbarkeit („Customizing“) Rechnung getragen werden.

Ein weiterer Nutzen der Basiskomponenten besteht darin, dass so Schnittstellen zwischen den Systemen reduziert werden und so ein wesentlicher Kostentreiber bei der Anwendungsentwicklung vermieden werden kann.

Die Freie Hansestadt Bremen hat in Reaktion auf diese Anforderungen eine gemeinsame E-Government-Infrastruktur aufgebaut, die im folgenden beschrieben wird. Sie besteht aus einer Netzinfrastruktur, Middleware, Daten, Basisdiensten, Anwendungen der Dienststellen und organisatorischen, rechtlichen und kulturellen Maßnahmen (s. Abb. 1).

Kulturelle Maßnahmen
Rechtliche Maßnahmen
Organisatorische Maßnahmen
Anwendung der Dienststellen
Basisdienste
Daten
Gemeinsame Infrastruktur und Middleware

Abb. 1: Übersicht über die E-Government-Architektur

3 Gemeinsame Infrastruktur und Middleware

Die Basis für die IT - Anwendungen bilden das gemeinsame Netz und sogenannte „Middleware“-Dienste. Alle Dienststellen sind über das **Bremer Verwaltungsnetz (BVN)** und die **Telekommunikationsanlage** miteinander verbunden. So können alle Daten und Sprachverbindungen realisiert werden. Die laufenden Kosten werden von den Dienststellen bezahlt. Querschnittsaufgaben und –investitionen werden aus E-Globalmitteln finanziert.

Um die Datenkommunikation mit Behörden in Deutschland und Europa abzuwickeln betreibt Bremen zentrale Zugänge zum **Internet**, **Deutschen Verwaltungsnetz (DVN)** und **TESTA**.

Für die Verwaltung von sog. Ressourcen, d.h. Rechnern und Nutzern im Bremer Verwaltungsnetz wird ein Verzeichnisdienst eingesetzt (**Active Directory**). Es bildet auch die Grundlage für das **Identity Management**. Als E-Mail-System wird Microsoft **Exchange 5.5** und Outlook an ca. 10.000 Arbeitsplätzen eingesetzt.

Die Sicherheitsanforderungen der Identifikation, Berechtigung, Vertraulichkeit und Rechtsverbindlichkeit (Unabstreitbarkeit, Zustellung) werden in Bremen über eine zentrale Transport- und Sicherheits-Software abgewickelt, **Governikus**. Governikus ist eine Middleware, d.h. Nutzerinnen und Nutzer wenden die Software nur über andere Anwendungen an, z.B. über elektronische Formulare, EGVP/EGVP-HB und Fachverfahren.

Das **Deutsche Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV)** ist eine Datenbank, die Behörden, Dienste und Betreiber verzeichnet. Sie wird für den elektronischen Datenaustausch zwischen Behörden benötigt. Analog zum DVDV wird es erforderlich sein, die Nutzer von sicheren E-Government-Anwendungen in einem gemeinsamen Dienst zu verzeichnen. Der Arbeitsbegriff dafür ist das **Deutsche Nutzerdienstverzeichnis (DNDV)**.

Mittelanmeldung 2006-2008:

BVN und TK-Anlage	1.565.299,00 EUR
Davon TK-Mittel	995.999,00 EUR
DVN und TESTA	316.062,13 EUR
AD und Identity Management	262.000,00 EUR
Exchange	1.029.000,00 EUR
Davon Migration Exchange	1.000.000,00 EUR
Governikus	466.018,00 EUR
DVDV und DNDV	33.500 EUR

4 Daten

Für eine moderne Verwaltung, in der Arbeitsabläufe in immer höherem Maße durch IT - Systeme unterstützt werden, ist eine ressortübergreifende Darstellung, Steuerung und Optimierung der Datenflüsse essentiell. Werden Daten mehrfach redundant erfasst, gespeichert und verarbeitet, dann führt dies nicht nur zu den offensichtlichen Mehrkosten durch überflüssige Prozessschritte. Eine mangelnde Datenqualität führt darüber hinaus in der Regel zu aufwändigen Nacharbeiten, oder, sofern diese aus Mangel an Ressourcen unterbleibt, zu Einnahmeausfällen.

An eine ressortweite Datenmodellierung sind mindestens folgende Anforderungen zu stellen:

Es wird ein Informationsmodell erstellt und nachhaltig gepflegt, welches die für den Konzern Bremen wesentlichen Informationsobjekte und ihre Beziehungen auf einer groben Ebene darstellt.

Das Informationsmodell wird in Beziehung zu Organisationseinheiten und IT - Systemen gesetzt, so dass erkennbar ist, welche Informationsobjekte in welchen Systemen primär verarbeitet werden, und welche Organisationseinheiten für die korrekte Erfassung und Verarbeitung der Informationsobjekte verantwortlich sind.

Dieses Informationsmodell wird als Basisinformation für die Aufgabe der Optimierung und Konsolidierung der IT - Strukturen herangezogen. Anhand einer vorwiegend betriebswirtschaftlich ausgerichteten Priorisierung sind redundante Datenhaltungen sukzessive durch medienbruchfreie Datenübermittlungen zu ersetzen. Bei der Planung neuer bzw. Modifikation vorhandener IT - Systeme sind Anforderungen an Schnittstellen aus dem Informationsmodell abzuleiten. Dies ist bei der Konzeption der Beschaffung von IT - Systemen angemessen zu berücksichtigen.

Sofern die Analyse des Informationsmodells ergibt, dass inhaltlich gleiche Informationsobjekte an verschiedenen Stellen in unterschiedlicher technischer Repräsentation verarbeitet werden, ist das ein starkes Indiz für Schnittstellenprobleme. Durch den Übergang zu einer vereinheitlichten technischen Repräsentation kann eine Konsolidierung der Schnittstellen erfolgen, die zu einer Senkung der Schnittstellenkosten führen wird.

Die Wartung und Pflege des ressortübergreifenden Informationsmodells ist eine durch ein ressortübergreifendes Gremium zu leisten. Die fachliche Verantwortung für die richtige Darstellung der im Ressort vorhandenen IT - Systeme und deren Datenhaltung obliegt dem Ressortvertreter. Diese sind auch dafür verantwortlich, in ihren Ressorts eigene Informationsmodelle zu erstellen und zu pflegen, die innerhalb der fachlichen Ressortgrenzen die Informationsobjekte auf mit einem höheren Detaillierungsgrad darstellen. Die Verantwortung für den Prozess der Erstellung, Pflege und Weiterentwicklung obliegt dem zentralen IT - Referat.

4.1 Bestehende Datenmodellierung

Nach unserem Kenntnisstand gibt es derzeit weder ressortintern noch ressortübergreifend Datenmodelle, die den oben genannten Anforderungen genügen. Darüber hinaus gibt es bisher kein ressortübergreifend besetztes Gremium, welches sich zur Aufgabe gesetzt hat, ein solches Modell zu erstellen.

4.2 XÖV

Bremen leitet im Rahmen von „Deutschland Online“ eine bundesweite Projektgruppe, die es sich zu Ziel gesetzt hat, für die wichtigsten Datenobjekte der IT - Systeme auf allen drei Verwaltungsebenen eine Vereinheitlichung sicherzustellen. Dabei kommen Methoden aus internationalen Standardisierungsvorhaben zum Einsatz. Es liegen noch keine verwertbaren Ergebnisse vor.

Das Personal und die Aufgaben der OSCI-Leitstelle werden durch die Fachministerkonferenzen, d.h. durch alle Länder und den Bund finanziert. Für die Rechts- und Messevertretung der OSCI-Leitstelle fällt ein weiterer Beitrag an. Zur Zeit wird durch die OSCI-Leitstelle versucht durch Sponsoring u.ä. diese Kosten nicht mehr aus dem Haushalt zu finanzieren.

Mittelanmeldung 2006-2008:

Rechtsunterstützung (Markenrecht u.ä.)	62.428,17 EUR
Messevertretung	19.000,00 EUR

5 Basisdienste

Auf der technischen Infrastruktur setzen standardisierte Fachanwendungen an, die Querschnittsfunktionen für die Verwaltung anbieten – die sog. Basisdienste, die im Abstimmung mit den Ressorts festgelegt wurden.

Das auf dem Content Management System Six basierende Informationssystem **InfoSys** stellt Informationen und Dienste für die MitarbeiterInnen des Konzerns Bremen zur Verfügung. Die Dokumente und Informationen sind in Ordnern und Kategorien strukturiert und können mit einem Web-Browser gelesen werden.

www.bremen.de ist der offizielle Internetauftritt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen. Über das Portal werden neben Inhalten, Anwendungen und Präsentationen der öffentlichen Verwaltung auch Angebote Dritter zur Verfügung gestellt.

VISkompakt ist ein Dokumentenmanagement- und Workflowsystem, das auf den von der Koordinierungs- und Beratungsstelle der Bundesregierung für Informationstechnik in der Bundesverwaltung (KBSt) formulierten Anforderungen und Konzepten für die IT - gestützte Vorgangsbearbeitung (DOMEA-Konzept) beruht. Für die Recherche in Aktenbeständen steht ein Web-Recherche-Client zur Verfügung.

Die Plattform für **Beteiligungs-** und **eDemocracy**-Projekte soll auf der Basis von SIX-CMS im Intranet (InfoSys) und im Internet (bremen.de, Verwaltungsportal) Tools für Projekte, Initiativen, Einzelmaßnahmen usw. bereitstellen.

Das „**Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach**“ (EGVP) ist ein Programm, mit dem Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeiter untereinander und mit ihren Kunden (BürgerInnen, Unternehmen und KollegInnen in anderen Verwaltungen) rechtsverbindlich und sicher Nachrichten austauschen können.

Die **elektronische Langzeitarchivierung** soll die Registrierungs- und Archivierungsprozesse für die elektronische Akte und für elektronische Datenbestände aus Fachverfahren ohne Medienbrüche abbilden.

Die **elektronische Vergabe** unterstützt den Vergabeprozess durch die drei Vergabephasen: Vorbereitungsphase, Angebotsphase und Bewertungsphase. In der Vorbereitungsphase werden die Verdingungsunterlagen zusammengestellt, die sich aus dem Leistungsverzeichnis und aus bremischen Standardformularen zusammensetzen.

Der **elektronische Katalog** ist eine Intranetanwendung, die als webbasierte Entwicklung über den Internetbrowser gestartet wird. Im Katalog stellen die Dienststellen und Betriebe, die Rahmenverträge für größere Nutzergruppen abschließen ihre Artikel und Beschaffungskonditionen zur Bestellung zur Verfügung.

Seit Anfang 2003 befindet sich das **SAP**-System für die Rechnungswesen der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadt) im Produktivbetrieb.

Für die Einführung von **E-Learning** in der FHB ist das Produkt Datango ausgewählt worden. Es ermöglicht die Erstellung von E-Learningeinheiten, die mit dem Internetbrowser über das Intranet durchgeführt werden können.

Die Beschäftigten erfassen in der **elektronische Arbeitszeiterfassung** ihre An- und Abwesenheitszeiten komplett selbstverwaltend (ohne Korrekturbögen für die Personalstellen). Die Dateneingabe erfolgt über Eingabe- und Korrekturterminals in den Eingangsbereichen der Dienststelle. Buchungen sind dienststellenübergreifend möglich. Monatlich werden automatisiert Kontoauszüge für die Beschäftigten und Listen für die Personalstellen (Abwesenheiten) erstellt und versandt.

Als **Geodateninfrastruktur** wird ein komplexes Netzwerk zum Austausch von Geodaten bezeichnet, in dem Geodaten-Produzenten, Dienstleister im Geo-Bereich sowie Geodatennutzer über ein physisches Datennetz, in der Regel das Internet, miteinander verknüpft sind. Im Einzelnen besteht sie aus Geobasisdaten und Geofachdaten, welche auf Geodatenservern (Datenbank) abgelegt sind, standardisierten Diensten, die den Zugriff und die Bearbeitung der Geodaten ermöglichen und Geoportalen (bzw. anderen Clients), die entsprechende Benutzerschnittstellen zur Verfügung stellen.

Mittelanmeldung 2006-2008:

InfoSys	496.193,69 EUR
www.bremen.de	514.453,75 EUR
VISKompakt	434.428,43 EUR
Beteiligungsplattform	36.800,00 EUR
EGVP/EGVP-HB	15.190,00 EUR
Elektronische Langzeitarchivierung	155.000,00 EUR
E-Vergabe	417.109,70 EUR
E-Katalog	85.932,76 EUR
E-Learning	43.200,00 EUR
Arbeitszeiterfassung	552.000,00 EUR
Geodaten	360.000,00 EUR

6 Anwendungen der Dienststellen

Unter Einbeziehung der Basiskomponenten bzw. der zugrunde liegenden Standards obliegt es den Dienststellen, E-Government-Anwendungen zu entwickeln und dabei die entsprechenden Effekte (Effizienzsteigerung, Dienstleistungsqualität) für sich zu nutzen. Die Dienststellen sind auch für die Finanzierung und den Betrieb verantwortlich, die diese Anwendungen nutzen und die entsprechende Effekte (Effizienz, Dienstleistungsqualität, etc.) für sich realisieren.

Eine zentrale Anschubfinanzierung von Anwendungen soll jedoch dafür Sorge tragen, dass auch Effekte realisiert werden können, die

- a) zeitlich versetzt (z.B. in diesem Fall als Anschubfinanzierung)
- b) nur bei mehreren Dienststellen gemeinsam (z.B. durch eine gemeinsame Plattform)
- c) in nicht finanziell darstellbaren Dimension (z.B. Bürgerfreundlichkeit) oder
- d) nur auf der Basis von einheitlichen Infrastruktur- und/oder Basiskomponenten

auftreten und genutzt werden können. Je nach Ausprägung dieser Merkmale können für eine zentrale Anschubfinanzierung die E-Government Mittel als auch kreditfinanzierte Mittel für betriebswirtschaftlich rentable Maßnahmen in Anspruch genommen werden.

Die zentrale Anschubfinanzierung über E-Government-Globalmittel ist ein wirtschaftlicher Anreiz für die Ressorts bei Fachanwendungen gemeinsame Basiskomponenten, Dienste und Standards zu nutzen. Der Anreiz besteht neben einer erhöhten zeitlichen Flexibilität in dem Verzicht auf Verzinsung und Rückzahlung. E-Government-Globalmittel sollen daher auch als nicht-rückzahlbarer Investitionszuschuss zu den Ressortmitteln bewilligt werden. Bei Inanspruchnahme der Mittel für betriebswirtschaftlich rentable Maßnahmen gelten die für die Kreditfinanzierung vorgeschriebenen Regularien.

Die Fachressorts werden angemessen an den Anwendungsprojekten finanziell beteiligt. Geförderte Projekte werden mit einem Investitionszuschuss aus E-Government-Globalmitteln bedacht, der in Abhängigkeit vom Projektfortschritt in einzelnen Beträgen abgerufen wird. Nach Ende des Projektes werden die laufenden Kosten von den Dienststellen übernommen. Dabei können die Projekte im ersten Drittel der Projektlaufzeit bis zu 80 % gefördert werden, im zweiten Drittel bis zu 50% und im letzten Drittel bis zu 20 %, so dass im Durchschnitt die Förderung bei 50 % der Gesamtkosten liegen kann. Eine Verkürzung der geplanten Projektlaufzeit/Realisierung kann durch eine höhere Förderquote belohnt werden. Nach Ende des Projekts endet die zentrale Förderung.

Über die Durchführung der Projekte wird jeweils ein Kontrakt mit den Dienststellen mit folgenden Kernpunkten abgeschlossen:

- Vereinbarung über die zu erbringenden Ergebnisse (entsprechend der Projektbeschreibung und der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung)

- Vereinbarung über die Zeitplanung und die erforderliche Mittelflüsse (Liquidität des Projektes)
- Finanzierung durch E-Government-Globalmittel und Dienststelle (1. Drittel: 80/20; 2. Drittel: 50/50; 3. Drittel:20/80)
- Projektverantwortung bei der Dienststelle (Projektleitung, etc.); ggf. auch bei zentraler Stelle für Teilaufgaben
- Erfolgskriterien, bei denen sich die Verpflichtung der Dienststelle ergibt, die Anwendung weiter zu betreiben.

Bei den Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen müssen neben den finanzwirtschaftlichen Zielen der Haushaltssanierung und eines verfassungskonformen Haushalts auch die übrigen Ziele (Bürger-, bzw. Servicefreundlichkeit der Verwaltung, Personalentwicklung und –bewirtschaftung, Effizienz der internen Prozesse) bei der Beurteilung von Projekten verfolgbar sein. Dazu sind die bestehenden Methoden in der Freien Hansestadt Bremen anzuwenden (z.B. WiBe21, Balanced Score Card, Geschäftsprozessanalysen usw.).

Mittelanmeldung 2006-2008:

Anwendungen der Ressorts	1.021.714,18 EUR
--------------------------	------------------

7 Organisatorische Maßnahmen

Für die Entwicklung von E-Government sind neben technischen auch organisatorische Maßnahmen zu treffen.

Der überwiegende Teil der organisatorischen Maßnahmen ist anwendungsspezifisch und damit durch die Anwender in den Dienststellen zu lösen.

Von zentraler Stelle aus kann dieser Prozess durch Empfehlungen zur Geschäftsprozessoptimierung (s. Kap. 7.1.) und die Zentralisierung von Querschnittsaufgaben unterstützt werden. Dazu gehören die IT - Beschaffung (Kapitel 7.2.) sowie das Schaffen geeigneter Netzwerke zur Organisation von Erfahrungsaustauschen und zur Beeinflussung von Rahmenbedingungen, die bremischen Dienststellen die Einführung von E-Government erleichtern.

7.1 Geschäftsprozessoptimierung

Für alle E-Government-Verfahren empfiehlt sich eine begleitende Geschäftsprozessoptimierung. Nicht mehr empfehlenswert ist der Grundsatz „Organisation vor Technik“. Heute entwickelt sich die Technik so schnell, dass der Veränderungsdruck praktisch durch das Vorhandensein von (neuen) Technologien erzeugt wird. Es empfiehlt sich daher, den Technikeinsatz aktiv zu gestalten. Wenn technische und organisatorische Innovationen wechselseitig miteinander verknüpft werden, sind die größten Effekte zu erwarten.

Die Geschäftsprozessoptimierung muss von den Anwendern in den Dienststellen im Einzelfall durchgeführt werden.

Der Senator für Finanzen hat sich im Jahr 2005 an einem von der KGSt unterstützten Projekt zur Effizienzsteigerung im E-Government beteiligt, in dem für drei bremische Dienststellen sog. Blaupausen entwickelt wurden. Das Projekt befindet sich noch in der Abwicklung. Die wissenschaftliche Detailanalyse identifizierte jene Handlungsfelder und Optimierungspotenziale, die bereits vorher von den Dienststellen zur Umsetzung von E-Government-Anwendungen vorgesehen worden. Dieses Ergebnis unterstreicht den Befund, dass die Anwender in den Dienststellen am besten wissen, wo Potenziale durch E-Government realisiert werden können.

Mittelanmeldung 2006-2008:

Unterstützung bei der Geschäftsprozessoptimierung	89.500,00 EUR
---------------------------------------------------	---------------

7.2 IT - Beschaffung

Eine wichtige Rolle in der Umsetzung der IT - Strategie hat die IT - Beschaffung. Sie ist deshalb zentral beim Referat für E-Government organisiert und erfüllt die Aufgaben der Bedarfsermittlung, Marktbeobachtung, Vergabe, Vertragsabschluss-

und Management sowie das Controlling für alle IT-relevanten Produkte und Dienstleistungen.

Um die IT – Beschaffung auch im Hinblick auf die neuen Herausforderungen an die IT zu optimieren und zu verbessern, sind fünf Handlungsfelder für die Weiterentwicklung der IT-Beschaffung vereinbart worden (s. Abb. 2).

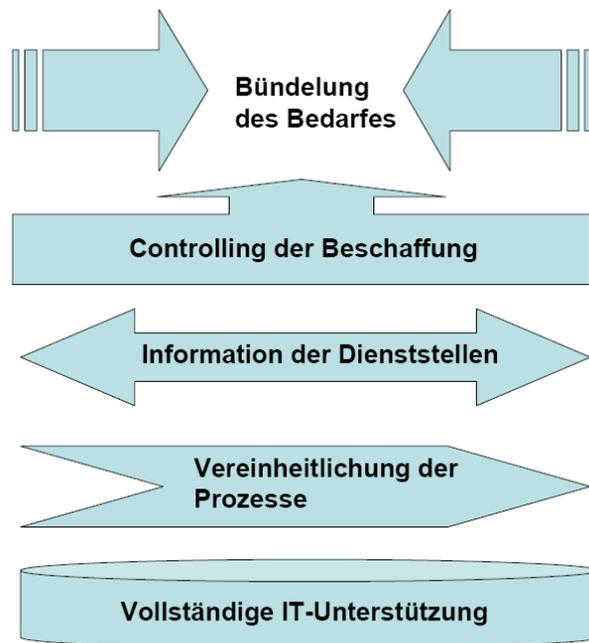


Abb. 2: Grundsätze der Optimierung der IT - Beschaffungsstelle

Da durch die **Bündelung der Bedarfe** die meisten Kosten gespart werden können, muss diesem Ziel vorrangig Rechnung getragen werden („In der Bündelung liegt die Ersparnis“ – die Verwaltungsvariante der Kaufmannsweisheit „Im Einkauf liegt der Gewinn.“) Es gilt, sowohl in Bremen als auch regional bzw. im Nordstaatenverbund Bündelungseffekte zu erreichen.

Das bedeutet auch, dass bei einer Reorganisation der Beschaffung dem Aspekt Bündelung eine höhere Bedeutung als der Prozessverbesserung beigemessen werden sollte, ohne letzteren zu vernachlässigen.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein **Ausbau des Controllings** notwendig. So kann die notwendige Zahlenbasis geschaffen werden, um die Beschaffung zu optimieren. Ohne ein solches Controlling wird die FHB nicht in der Lage sein, die IT - Beschaffung zu den bestmöglichen Konditionen durchzuführen.

Durch die europäischen Rechtsänderungen im Bereich der VOL Vergabe wird es für die FHB nur möglich sein, Rahmenverträgen beizutreten wenn die Abzurufende Stückzahl des Artikels vor der Ausschreibung schon bekannt ist. Bisher gibt es keinen Überblick über die beschafften bzw. zu beschaffenden Güter.

Wichtig ist dabei auch die kontinuierliche und zielgerichtete **Information und Kommunikation** mit den Bedarfsträgern, also den Ressorts und Dienststellen. Da angesichts der neuen Märkte und Aufgaben tendenziell von einem Zuwachs des

Leistungsumfanges der IT - Beschaffungsstelle auszugehen ist, gleichzeitig aber von tendenziell weniger Personal, muss die interne Arbeit noch mehr optimiert und rationalisiert werden. Dies soll durch eine **Vereinheitlichung** der Aufgaben geschehen.

Für alle Aufgaben soll es standardisierte Musterabläufe geben, die zudem für jeden Gegenstandsbereich gleich sind. Dafür ist eine konsequente und mittelfristig **ausschließliche IT - Unterstützung** erforderlich. Alle Prozesse sollen mit derselben Software unterstützt werden (s. Senatsvorlage zu Maßnahmeplan zur Einführung des elektronischen Einkaufsmanagement).

Mittelanmeldung 2006-2008:

IT – Beschaffung	2.752.000,00 EUR
Davon Dataport-Beitritt ¹	2.700.000,00 EUR

7.3 Virtuelle Region Nordwest (www.vir-nordwest.de)

Entstehung:

Am Rande der Fachtagung »E-Government ante portas« fand sich Ende Mai 2002 ein ad-hoc Arbeitskreis zusammen, der sich zum Ziel setzte, ein »Regionales Netzwerk E-Government Niedersachsen/Bremen« aufzubauen. Am Netzwerk, das mittlerweile den Namen »Virtuelle Region Nordwest« trägt, sind heute bereits mehr als 65 Vertreter zahlreicher niedersächsischer Landkreise, Städte und Gemeinden sowie Bremens und Bremerhavens beteiligt.

Zielsetzung:

Angestrebt wird die Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich E-Government, wobei E-Government kein Selbstzweck ist, sondern vielmehr dazu dient, Geschäftsprozesse kostengünstiger und bürgerfreundlicher zu gestalten bei gleichzeitiger Verbesserung der Qualität.

Die Virtuelle Region Nordwest entwickelt technische Lösungen und stellt die Infrastruktur zur Verfügung, mit deren Hilfe die Mitglieder in den unterschiedlichsten Aufgabenbereichen zusammenarbeiten können. Die Mitglieder können in jedem Einzelfall entscheiden, ob sie mit anderen Mitgliedern und ggf. mit welchen Mitgliedern sie zusammenarbeiten möchten.

Dadurch wird es einfacher, dass auch Mitglieder, deren „kommunale Grenzen“ sich nicht unmittelbar berühren, zu einer Zusammenarbeit kommen. Der Kreis derjenigen,

¹ Es ist geplant, das ausstehende Stammkapital von 2,7 Mio EUR als Sacheinlage zu erbringen. Vorbehaltlich der Entscheidung der Träger und der Unternehmensbewertung der zu übertragenden Einheit werden diese Mittel hier planerisch berücksichtigt.

die zusammenarbeiten, kann dabei je nach Aufgabenbereich sehr unterschiedlich sein. So könnte eine virtuelle Region entstehen, die je nach zu bearbeitendem Vorhaben einen unterschiedlichen Zuschnitt hat.

Projekte:

Als abgeschlossen gelten die Projekte der gemeinsamen Plattformen zu Stellenausschreibungen im RegNet und der Ausschreibung von öffentlichen Aufträgen. Darüber hinaus wurde eine Datenbank erstellt, in der die Mitglieder die Fachverfahren die sie für die verschiedenen kommunalen Aufgaben im Einsatz haben, erfasst haben.

ViR Nordwest (Dienstleisterbeschreiber)

Das Projekt ViR Nordwest besteht aus zwei Teilvorhaben, die eng miteinander verbunden sind: (1) Aufbau eines Redaktionsverbunds für die arbeitsteilige Erstellung von Web-Content für die Verwaltungen der Region und Konzeption und (2) prototypische Umsetzung eines „Zuständigkeitsfinders“ für einen erleichterten Zugang zu Verwaltungen für Bürger und Wirtschaft.

Städte und Gemeinden stellen heute umfangreiche Informationsangebote im Internet bereit. Zumindest im Verwaltungsbereich sind darunter zahlreiche Darstellungen zu finden, die nicht ortsspezifisch und in ähnlicher Form in nahezu allen Webangeboten von Kommunalverwaltungen zu finden sind. Besonders deutlich wird dies bei der Beschreibung von (im Prinzip von Kommune zu Kommune identischen) Verwaltungsleistungen. Um den Aufwand bei Erstellung und Unterhalt von Webangeboten der Verwaltungen in der Region zu reduzieren, ist der Aufbau eines Redaktionsverbunds zur arbeitsteiligen Erstellung der Inhalte in der Umsetzung, die anschließend von den angeschlossenen Verwaltungen übernommen und dabei an Struktur und Layout des jeweiligen Angebots angepasst werden können.

Beteiligungsplattform – Internet Tools mandantenfähig für Bürgerbeteiligung bereitstellen

Das Internet bietet diverse neue Formen der Bürgerbeteiligung, wie z.B. Foren, Chats oder Newsletter. Für viele Verwaltungen rentiert es sich aber nicht, für einzelne, zeitlich befristete Beteiligungsverfahren Software-Lizenzen zu erwerben. Deshalb wird für Politik und Verwaltung in und um Bremen im Rahmen dieses Projektes eine mandantenfähige Online-Beteiligungsplattform entwickelt. Gemeinsam mit potentiellen Anwendern (z.B. einer Kommunalverwaltung) wird herausgearbeitet, welches der im Tool-Baukasten vorhandenen bzw. vorgesehenen Tools im Beteiligungsprozess sinnvoll eingesetzt werden könnte. Dieses wird sodann beschrieben, technisch umgesetzt und eingesetzt. In weiteren Prozessen (bei anderen Kommunen = Mandanten) wird dasselbe Tool an andere Schnittstellen angedockt - so entsteht die Mandantenfähigkeit. Am Ende des Projekts soll der fertige Tool-Baukasten über einen „Application Service Provider“ vertrieben werden.

Innovative Bürgerservices im interkommunalen Verbund

Ziel des Projekts ist es, im Rahmen der Virtuellen Region Nordwest neue, innovative Bürgerservices zu realisieren. Die bisherigen Internet-Angebote öffentlicher Verwaltungen sollen Bürgern und Unternehmen die Inanspruchnahme häufig nachgefragter Verwaltungsdienste erleichtern. Die Gestaltung dieser Online-Dienste

variiert dabei von Verwaltung zu Verwaltung. Dieses Vorhaben geht gleich in dreifacher Weise über bestehende Ansätze hinaus: Erstens werden durch einen interkommunalen Verbund Synergieeffekte realisiert und Kosten reduziert. Zweitens wird die enge Zuständigkeitsbindung an die Verwaltung des jeweiligen Wohnortes gelockert, indem die technischen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Bürger bestimmte Angelegenheiten auch außerhalb ihres Wohnortes, etwa in einem Bürgerbüro der Verwaltung an ihrem Arbeitsort, erledigen können. Drittens wird das Themenspektrum erweitert, da auch die Unterstützung von Verfahren der Bürgerbeteiligung durch Internet-Anwendungen zum Thema wird.

Technologisch werden zwei sich ergänzende Konzepte verfolgt: Der Verbund der in den Verwaltungen im Einsatz befindlichen Fachsysteme erfolgt durch Schnittstellen, die auf Standards beruhen.

Die Anwendungen zur Bürgerbeteiligung hingegen werden auf einer externen Plattform bereitgestellt. Interessierte Verwaltungen können sich dort ein bedarfsgerechtes Angebot zusammenstellen und dieses über Links in ihrem Web-Portal zugänglich machen.

Koordination:

Die Geschäftsstelle für die Virtuelle Region Nordwest ist im Referat 36 beim Senator für Finanzen Bremen angesiedelt. Hier werden die für die Virtuelle Region Nordwest relevanten Informationen aufbereitet und zur Diskussion bzw. Entscheidungsfindung der Steuerungsgruppe „Verwaltung 2010“ vorgelegt. Dieses interkommunal zusammengesetzte Koordinierungsgremium bewertet u.a. gemeinsam identifizierte Arbeitsvorhaben und beauftragt ggf. Projekt- bzw. Arbeitsgruppen mit der Entwicklung eines Realisierungsvorschlages. Über den Stand der jeweiligen Arbeitsvorhaben unterrichtet die Steuerungsgruppe halbjährlich dem Plenum Virtuelle Region Nordwest, die Vollversammlung aller Mitglieder der Virtuellen Region Nordwest.

Kooperation der Virtuellen Region Nordwest mit der der Metropolregion Bremen/Oldenburg

Die Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten ist am 28. April 2005 von der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) als Europäische Metropolregion anerkannt worden. Der neue Handlungsrahmen 2005-2007 für die Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten wurde auf der Sitzung der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen (RAG) am 30. März 2006 präsentiert. Es existiert keine scharfe Abgrenzung der Metropolregion, sie knüpft an die jetzige Geografie der RAG an. Die fehlende Kongruenz des Gebietes der „Virtuellen Region Nordwest“ mit der Metropolregion stellt gerade bei der Virtualisierung kein Problem dar.

Derzeit wird die Virtuelle Region Nordwest als projektbegleitender Arbeitskreis der Metropolregion gesehen. Die Mitglieder der Virtuellen Region Nordwest würden sich mehrheitlich eher eine führende Rolle im Bereich E-Government in der Metropolregion Bremen/Oldenburg vorstellen.

Portal:

VIR-Nordwest	130.000,00 EUR
--------------	----------------

7.4 Norddeutsche Kooperation

Im Rahmen der Norddeutschen Kooperation arbeitet die Freie Hansestadt Bremen eng mit den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen zusammen.

7.5 Deutschland-Online

Der Bund und die Länder haben sich im Rahmen der Initiative Deutschland-Online zusammengeschlossen, um die staatliche Zusammenarbeit auf der Basis der Informationstechnologie neu zu ordnen und damit gezielt Bürokratiekosten zu reduzieren. Durch die Einführung zentraler und IT - gestützter Verfahren bei den wichtigsten Dienstleistungen des Staates soll Deutschland im Interesse der Unternehmen und Bürger eine führende Rolle für eine innovative und Kosten sparende Verwaltung übernehmen.

Grundprinzip von Deutschland-Online ist, dass unter Nutzung der Stärken des Föderalismus notwendige Standards für die verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit geschaffen werden. Dazu sollen einzelnen Partner mit Modelllösungen vorangehen.

Bremen hat dabei die Federführung für die Vorhaben Clearingstellen, XML-Standardisierung und Bauwesen übernommen. Das Vorhaben Bau wurde bereits 2005 erfolgreich mit der Empfehlung zur Verwendung des XBau-Standards abgeschlossen.

Das Vorhaben AG Clearingstellen ist durch die Entwicklung und Fertigstellung des Deutschen Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV, s. oben Kap 7.2.) erfolgreich abgeschlossen worden.

Das Vorhaben XML-Standardisierung ist inzwischen in der OSCI-Leitstelle institutionalisiert. Dem entsprechenden Projekt des KoopA sind alle 16 Länder und der Bund beigetreten. Sie finanzieren drei Stellen bei der OSCI-Leitstelle in Bremen. Diese arbeitet eng mit den entsprechenden Standardisierungsgremien der Bundesverwaltung zusammen (beim Bundesamt für Informationstechnik).

Auf der Ministerpräsidentenkonferenz am 22. Jun. 2006 haben die Regierungschefs des Bundes und der Länder einen neuen Aktionsplan zu Deutschland-Online beschlossen, der nunmehr fünf weitere Vorhaben als prioritäre Maßnahmen identifiziert hat. Dazu gehören der Aufbau einer Telekommunikationsinfrastruktur, die Festlegung einheitlicher Standards sowie Vorhaben in den Bereichen Kfz-Wesen, Personenstandswesen und Meldewesen.

Bremen ist Mitglied der Lenkungsgruppe der für E-Government zuständigen Staatssekretäre, die die Umsetzung und den Erfolg der prioritären Maßnahmen überwacht.

Mittelanmeldung 2006-2008:

KoopA- und Deutschland-Online-Projekte	56.280,56 EUR
----------------------------------------	---------------

7.6 Europäische Städte und Regionen

Mit der zunehmenden Erweiterung Europas werden Austausch und überregionale Zusammenarbeit zwischen Städten und Regionen für eine wettbewerbsfähige lokale und regionale Entwicklung immer wichtiger. Hier bündeln sich die wirtschaftlichen, intellektuellen und kulturellen Ressourcen der Mitgliedsländer, werden innovative Produkte, Leistungen und Prozesse entwickelt.

Die Europäische Union unterstützt daher gezielt die Zusammenarbeit von Städten und Regionen, um Innovation und Wachstum zu fördern. Bremen nutzt die Vorteile der europäischen Förderprogramme, um Strategien und Projekte zur E-Government-Infrastruktur und – Dienste in Bremen zukunftsweisend in den Bereichen Bürgerbeteiligung, E-Learning, Interoperabilität und Sicherheit auszubauen. Die Programme leisten auch einen Beitrag zur Weiterbildung und zur Qualifizierung der Beschäftigten[Projektbeteiligten] und ermöglichen die Bereitstellung von Personalmitteln.

Programme der Strukturfondsförderung INTERREG IIB und IIC unterstützen Bürgerbeteiligungsprojekte z.B. zum Umbau des Stadionbads oder den Austausch von regionalen Strategien und vorbildlichen Verfahrensweisen zur Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen. ERISA/IANIS+-Netzwerke erweitert die Kooperationsmöglichkeiten in den E-Government-Themenfeldern.

Mit der Hilfe von technisch ausgerichteten Förderprogrammen wie eTEN können in Bremen entwickelte E-Government Produkte wie z.B. das EGVP weiterentwickelt werden. Die Programme fördern gleichzeitig die Entwicklung kleiner und innovativer Unternehmen und öffentlich-privater Partnerschaften in Bremen.

Mittelanmeldung 2006-2008:

EU-Projekte	126.957,00 EUR
-------------	----------------

7.7 IDABC

Das Programm "IDABC" (*Interoperable Delivery of pan-European eGovernment Services to Public Administrations, Businesses and Citizens*) bei der Generaldirektion Unternehmen und Industrie der EU-Kommission hat das Ziel, den elektronischen Datenaustausch zwischen den Verwaltungen in der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten zu fördern. Dazu werden fachspezifische Projekte, die sog. *Projects of Common Interests* (PCIs), Basiskomponenten, die sog. *Horizontal Measures*, und „pan-europäische“ E-Government- Dienstleistungen, PEGS – Pan European E-

Government Services), gefördert. IDABC ist kein klassisches Standardisierungsgremium, sondern versteht sich als Katalysator für den Aufbau einer im gemeinsamen Interesse aller Akteure standardisierten Datenaustauschinfrastruktur in Europa.

Die horizontalen Maßnahmen bilden bzw. fördern Basiskomponenten für die Datenaustauschinfrastruktur in der europäischen Verwaltung. Sie sind Voraussetzung für die PCIs und decken Bedürfnisse der EU-Verwaltung sowie der Mitgliedsstaaten an grenzüberschreitender Vernetzung ab. Das wichtigste Beispiel für eine horizontale Maßnahme ist sTESTA. Mehr als ein Drittel des Budgets von IDABC soll für Betrieb und Ausbau dieses sicheren Netzes für die EU ausgegeben werden. Weitere Beispiele von Bedeutung speziell für die deutsche Verwaltung sind die Pflege des online-Dokumentenmanagementsystems CIRCA, das auch in der deutschen Verwaltung zum verwaltungsübergreifenden Dokumentenaustausch und zu Sitzungsvorbereitungen genutzt wird, der Aufbau des übergreifenden Dienstportals „YourEurope“ (vgl. <http://europa.eu.int/youreurope>) sowie die Middleware eLink, die zum überwiegenden Teil auf den Ergebnissen der deutschen OSCI-Transport-Standardisierung beruht.

Das Programm IDABC wird durch das „Pan-European E-Government Services Committee“ PEGSCO kontrolliert und begleitet. In dem Ausschuss ist Deutschland durch den Bund und das Bundesland Bremen als Bundesratsvertreter vertreten.

Die Interoperabilität der E-Governmentlösungen in der EU und ihre Herstellung bzw. Gewährleistung ist eines der Hauptziele von IDABC. Durch die Bremer Beteiligung konnte erreicht werden, dass die hier geleisteten Vorarbeiten im Bereich OSCI-Transport, Middleware (Governikus) und XÖV-Standardisierung auch in den europäischen Initiativen Berücksichtigung finden.

Da davon auszugehen ist, dass die EU-Ebene an Bedeutung für die Standardisierung des verwaltungsübergreifenden Datenaustausches gewinnen wird, wird durch die Bremer Beteiligung sichergestellt, dass landesinterne Strategien frühzeitig mit den europäischen Vorgaben abgestimmt werden können. Aktuelles Beispiel ist die Dienstleistungsrichtlinie, die erstmalig die elektronische Antragstellung für Dienstleistungsanbieter in allen Mitgliedsstaaten vorschreibt, und die Vergaberichtlinie, die die elektronische Vergabe vorsieht.

8 Rechtliche Maßnahmen

8.1 IFG

Am 01. August 2006 tritt das Bremische Informationsfreiheitsgesetz (BremIFG) in Kraft. Das BremIFG gewährt den Bürgerinnen und Bürgern einen grundsätzlich freien Zugang zu allen Informationen, die bei Stellen, die öffentliche Verwaltungsaufgaben wahrnehmen, vorhanden sind. Der Informationszugang kann auf zwei Wegen erfolgen.

Die erste Säule des BremIFG steht für das subjektive Recht der BürgerInnen auf Informationszugang. Hier geschieht eine Umkehr der "Beweislast": Dass eine Information der Öffentlichkeit vorenthalten werden darf, muss von Verwaltung unter Berufung auf im Gesetz bezeichnete entgegenstehende Interessen begründet werden. Auf Seiten der BürgerInnen ist kein Nachweis über ein besonders Interesse erforderlich. Die beantragten Informationen können in mündlicher, schriftlicher oder elektronischer Form bereitgestellt werden.

Die zweite Säule des BremIFG zielt mit der Begründung von Veröffentlichungspflichten (§11 Brem IFG) auf die Erhöhung der Anzahl der Veröffentlichungen von Informationen. Hierzu sollen elektronische Informationsverzeichnisse geführt werden, aus denen sich die vorhandenen Informationssammlungen und –zwecke erkennen lassen. Ferner ist die Veröffentlichung von Organisations-, Geschäftsverteilungs- und Aktenplänen (ohne personenbezogene Daten) ebenso verpflichtend wie die von Verwaltungsvorschriften von allgemeinem Interesse. Für Letztere gilt die Veröffentlichungspflicht allerdings nur, soweit diese nach Inkrafttreten des Brem IFG erlassen oder geändert wurden und soweit ein Antrag auf Zugang zu dieser Information nicht abzulehnen wäre. Für weitere geeignete Information gibt es ebenfalls ein Veröffentlichungsgebot.

Um den Veröffentlichungspflichten zu genügen und das Auffinden der bereitgestellten Informationen für BürgerInnen zu erleichtern, soll von der FHB ein zentrales elektronisches Informationsregister eingerichtet werden. Die öffentlichen Stellen sind verpflichtet, die o.g. Informationen an das Informationsregister zu melden. Einzelheiten zu §11 Brem IFG werden durch eine Rechtsverordnung geregelt. Eine Gebührenordnung legt alle für BürgerInnen entstehenden Kosten fest.

Die Umsetzungsstrategie dieses Informationsregisters verfolgt einen integrativen Ansatz, d.h. die von den öffentlichen Stellen in elektronischer Form bereitgestellten Daten werden zentral an einer Stelle datenbankbasiert verwaltet, können aber an verschiedenen Stellen ausgegeben werden. So wird den BürgerInnen einerseits ein zentrales Informationsregister unter www.bremen.de/Politik+Verwaltung zur Verfügung gestellt, andererseits sollen auch ressortbezogene Informationsregister realisiert werden. Um einen automatischen Datentransfer zwischen den Informationsregistern zu ermöglichen sowie einen barrierefreien Zugang zu den Informationen zu gewährleisten, wird die Umsetzung mit Hilfe der Basismodule realisiert. Zusätzlich gewährt eine gemeinsame, kontrollierte Verschlagwortung einen schnellen, nutzerfreundlichen Zugriff.

Mittelanmeldung 2006-2008:

IFG-Umsetzung	800.000,00 EUR
---------------	----------------

8.2 E-Government-Verträglichkeit

Auf der Ebene der EU und in Ansätzen in anderen Bundesländern (Baden-Württemberg) gibt es Vorschriften, nach denen neue Gesetze und Verordnungen auf ihre Verträglichkeit in Bezug auf E-Government überprüft werden. Das heisst z.B. die Reduzierung von Formerfordernissen, Vermeidung neuer Formerfordernisse, Vermeidung von Mehrfachsignaturen und Verringerung von Belegpflichten (s. auch Koalitionsbeschluss „Prozesskostenverbesserung durch Umsetzung ausschließlicher E-Government-Dienstleistungen“).

9 Kulturelle Maßnahmen

Im Rahmen des MEDIA@Komm-Projektes sind nach der Strategie „Learning by doing“ mit internen und externen Experten in zahlreichen Workshops und Projektgruppen Schlüsselqualifikationen zur Umsetzung von komplexen und hochinnovativen E-Government-Projekten (z.B. Integration von elektronischen Signaturen in Verwaltungsprozesse, Verzicht auf Sachbearbeitung zugunsten der Dateneingabe durch die Kunden, vollständige medienbruchfreie Bearbeitung mit Verzicht auf Ausdrucken, geschäftsprozessbezogenes Projektmanagement von ressortübergreifenden und interdisziplinären Arbeitsgruppen, Experten- und Kundenintegration, Integration von Online-Diensten in gesetzliche Grundlagen) beim Senator für Finanzen und in den beteiligten Ressorts aufgebaut worden. Darüber hinaus wurde das Lernoffice im Aus- und Fortbildungszentrum für den bremischen öffentlichen Dienst mit den neuesten Technologien und Online-Anwendungen ausgestattet, so dass bereits in der Ausbildung diese Technologien verankert wurden. Der Kulturwandel bei den Beschäftigten und den Kunden der Verwaltung zur Bearbeitung von Vorgängen ohne Papier und zu durchgehend medienbruchfreien Geschäftsprozessen wurde durch gemeinsame Workshops und Schulungen (z.B. Bauordnungsamt und Architekten oder Rechtspfleger und Rechtsanwälten, etc.) unterstützt. Dieser Kulturwandel mit Unterstützung dieser und weiterer noch zu entwickelnder bzw. einzusetzender Methoden wie z.B. E-Learning Methoden muss fortgesetzt werden.

10 Anlage: Beschreibung der Infrastruktur, Middleware und Basisdienste

10.1 Gemeinsame Infrastruktur und Middleware

10.1.1 BVN

10.1.1.1 Beschreibung des Dienstes:

Das Bremische Verwaltungsnetz (BVN) ist das zentrale Datennetz der bremischen Verwaltung. Es ist vom Internet durch ein zentrales Sicherheitssystem getrennt, das von der Brekom betrieben wird. Das BVN trennt auch die lokalen Netze der Dienststellen voneinander, so dass Dienststellen grundsätzlich keine eigene Firewall betreiben müssen.

Betreiber des BVN ist der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen. Ist die Sicherheit des BVN gefährdet, können Teile des BVN vom Netz genommen oder Verbindungen getrennt werden; hierüber wird der Verantwortliche für das Netz des Teilnehmers umgehend informiert. Der Netzbetreiber hat zur Wahrnehmung seiner Aufgabe einen Provider (z.Z. Brekom) beauftragt. Er ist an die Weisungen des Netzbetreibers gebunden, der weiterhin für den Betrieb verantwortlich bleibt. Sofern Änderungen am BVN-Netz erforderlich werden (z.B. durch technische Gegebenheiten oder Anforderungen), die dem vorliegenden Sicherheitskonzept und ergänzenden Administrationsrichtlinien entsprechen, kann der Provider die Änderung ohne ausdrückliche Genehmigung des Auftraggebers umsetzen, muss diesen aber möglichst zeitnah darüber informieren. In Abstimmung mit dem Netzbetreiber kann der Provider die Nutzungsmöglichkeiten des BVN für einen oder mehrere Teilnehmer einschränken oder ganz einstellen, wenn diese den sicheren Betrieb des BVN gefährden.

10.1.1.2 Einsatzbereiche des Dienstes:

Bremer Verwaltung

10.1.1.3 Zielgruppen für die Nutzung des Dienstes:

Grundsätzlich alle auf Datenaustausch angewiesenen Anwender von IT-Verfahren.

10.1.1.4 Weiterentwicklung des Dienstes und Schnittstellen zu anderen Diensten:

Das BVN wird gemäß den technischen Anforderungen kontinuierlich weiterentwickelt. Aktuell ist der Ausbau der Breitbandfähigkeit eine Priorität.

10.1.1.5 Bezugsquellen für den Dienst:

Ansprechpartner:

Senator für Finanzen, Referat 36, Harald Krause

E-Mail: office-ref36@finanzen.bremen.de, Tel. 0421 – 361-5511

Gateway-Betrieb:

Brekom, Sebastian Pfeiffer

<http://www.brekom.de/>, Tel. 0421-2400-4444 (Hotline)

10.1.2 Deutsches Verwaltungsnetz (DVN) und Testa (Trans-European Services for Telematics between Administrations)

10.1.2.1 Beschreibung des Dienstes:

Zugang vom Bremer Verwaltungsnetz hin zum Deutschen Verwaltungsnetz (DVN) und zum Testa-Netz

Das Testa-Netz ist ein europäisches Netz zur Sicherstellung der Kommunikation zwischen Verwaltungseinrichtungen in Europa. Die Entwicklung von TESTA wird unter Federführung des KoopA ADV (Kooperationsausschuss Automatisierte Datenverarbeitung Bund/Länder/Kommunen) durchgeführt.

Bei TESTA handelt es sich um ein sogenanntes "Overlay Netz", also ein Netz, das auf einer bestehenden Netzinfrastruktur aufsetzt, aber virtuell und logisch ein in sich geschlossenes Netz bildet (vgl. VPN).

Eine grundlegende Aufgabe des TESTA Projektes ist der Zusammenschluss von Kommunen und innerdeutschen Landesnetze und die Anbindung einzelner Bundesbehörden zum Deutschen Verwaltungsnetz (DVN) . Den technischen Aufbau und die Betreuung des Netzes hat eine Tochterfirma der Deutschen Telekom AG übernommen.

Das Gateway der Freien Hansestadt Bremen betreibt die Brekom GmbH im Auftrag des Senators für Finanzen.

10.1.2.2 Einsatzbereiche des Dienstes:

Das DVN bietet eine sichere, leitungsverschlüsselte Kommunikationsinfrastruktur zwischen den Anschlüssen der jeweiligen Gateways. Bei weiter gehenden Sicherheitsanforderungen sind Technologien zur Ende zu Ende Verschlüsselung erforderlich (OSCI.DE).

Des Weiteren werden zunehmend Anwendungen einzelner Bundesämter, Bundesministerien oder Bundesländer zukünftig ausschließlich über diese Netzinfrastruktur angeboten. Beispiele dafür sind: Der Bundesratsdokumentenserver, der sichere E-Mail Verkehr zwischen Bund, Ländern und Kommunalverwaltungen, Anwendungen z.B. beim KBA (KrafffahrBundesamt), Zugang zum AZR (Ausländerzentralregister), beim Statistischen Bundesamt uvm.

10.1.2.3 Zielgruppen für die Nutzung des Dienstes:

Verwaltungen von Bund, Länder und Kommunen

EU- Mitgliedsstaaten

Spezielle, öffentlich rechtlich organisierte Nutzergruppen bei Einhaltung gesonderter Datenschutz- und Sicherheitsvorgaben und Genehmigung durch den KoopA.

Alle Dienststellen im Intranet der Bremischen Verwaltung.

10.1.2.4 Weiterentwicklung des Dienstes und Schnittstellen zu anderen Diensten:

Folgende Dienste sollen zukünftig im DVN zur Verfügung stehen- Eine neue Service Plattform dazu befindet sich in Vorbereitung:

DNS (Domain Name Service)

MAIL (Mail Relay)

Intranet Web

CMS (Content Management System für die Nutzer im DVN)

DVDV (Deutsches Verwaltungsdienste Verzeichnis)

Testa – CA (Certification Authority)

10.1.2.5 Bezugsquellen für den Dienst:

Der TESTA-Zugang steht prinzipiell allen am BVN angeschlossenen Dienststellen zur Verfügung. Das E-Mail Routing zwischen den Bundesländern bzw zu Domänen in den einzelnen Bundesländern erfolgt teilweise bereits über das DVN. Der Weg über das öffentliche Internet wird nur noch in besonderen Situationen genutzt. Um weitere Online Anwendungen im DVN Netzverbund benutzen zu können, ist die Genehmigung durch den Senator für Finanzen erforderlich und Klärung des anteiligen Mitfinanzierung der laufenden Kosten zu regeln.

Ansprechpartner:

Senator für Finanzen, Referat 36, Heinrich Riehl

E-Mail: office-ref36@finanzen.bremen.de, Tel. 0421 – 361-14016

Gateway-Betrieb:

Brekom, Sebastian Pfeiffer

<http://www.brekom.de/>, Tel. 0421-2400-4444 (Hotline)

10.1.3 AD und Identity Management

10.1.3.1 Beschreibung des Dienstes:

Das Active Directory der bremischen Verwaltung realisiert den Verzeichnisdienst für die bremische Verwaltung.

Dies geschieht grundsätzlich in der Form des „Ein-Domänen-Modells“ der realisiert: Jede Dienststelle wird als Organisationseinheit eingerichtet und erhält dort Administrationsbefugnisse. Für Zwecke der Migration kann als Übergangslösung eine eigene Domäne unterhalb der Domäne Verwaltung betrieben werden.

Nur in Fällen spezieller Anforderungen soll eine eigene Domäne im Dauerbetrieb eingerichtet werden. Generell sollen Sicherheitseinstellungen wie minimal erforderliche Kennwortlänge oder -dauer einheitlich für das BVN festgelegt werden.

Alle anderen Einstellungen können auf OU-Ebene erfolgen. Zusätzlich zu den Standardeinstellungen sollen die Dienststellen das Recht erhalten, eigene „Policies“ zu entwickeln, die sie zusätzlich verschärfend zu den zentralen für ihre Nutzer einführen können. Gesellschaften und Betriebe können der Domäne „Betriebe“ als OU und als Domäne beitreten.

Für jede Dienststelle, die als OU in der BVN-Domäne verwaltet wird, ergeben sich spezifische Verwaltungsaufgaben, die auf Basis der jeweiligen OU durchgeführt werden. Hierzu zählen:

- Einrichten und Pflege eigener Anwender- und Computerkonten
- Installation und Verwaltung eigener Memberserver (z.B. Fileserver)
- Zuweisen bestehender Group Policies, Einrichtung eigener Group Policies
- Verwaltung von Memberservern und Clientrechnern

Auf der ersten OU-Ebene (Ressorts OUs) erhalten die Ressorts-Administratoren Vollzugriff. Dies beinhaltet unter anderem folgende Rechte:

- Hinzufügen und löschen untergeordneter OUs
- Setzen von Berechtigungen auf OUs
- Anlegen und Pflegen von Anwenderkonten und Gruppen
- Anlegen und Löschen von Computerkonten
- Veröffentlichen von Objekten in der eigenen OU (z.B. Drucker, Shares)
- Einrichten und Zuweisen eigener Group Policies

Umfang der im AD veröffentlichten Informationen zu Mitarbeitern

Die zu füllenden Felder in den Nutzerkonten des AD sind

Name, Vorname, Dienststelle, Tel./Fax-Nummer, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, OKZ, Raumnummer, Informationen zu Zertifikaten für Verschlüsselung und Signatur. Damit bietet das AD die Basis für ein „Identity Management“.

10.1.3.2 Einsatzbereiche des Dienstes:

Das Active Directory stellt die infrastrukturelle Grundlage für den Einsatz von Windows 2000 / XP Clientrechnern und Windows 2000/2003 Servern dar.

Gleichzeitig bietet es eine Basis zur Konsolidierung der zahlreichen derzeit existierenden NT 4.0-Domänen in den Behörden im BVN.

10.1.3.3 Zielgruppen für die Nutzung des Dienstes:

Alle Nutzer und IT - Systeme im BVN, externe Nutzer von Diensten

10.1.3.4 Weiterentwicklung des Dienstes und Schnittstellen zu anderen Diensten:

Schnittstellen bestehen z.Z. zum Exchange 2003, VISKompakt und der verwaltungsinternen PKI. Eine Weiterentwicklung zu einem „Identity Managment“ für interne und externe Nutzer des BVN ist geplant.

10.1.3.5 Bezugsquellen für den Dienst:

Übergeordnete Administrationsaufgaben für das AD und die Domäne Verwaltung werden weiterhin von der Brekom wahrgenommen. Die Finanzierung erfolgt durch die Nutzer gemäß der aktuellen Preisliste, die im Infosys veröffentlicht wird.

Ansprechpartner:

Senator für Finanzen, Referat 36, Thomas Langhammer

E-Mail: office-ref36@finanzen.bremen.de, Tel. 0421 – 361 5518

10.1.4 Exchange

10.1.4.1 Beschreibung des Dienstes:

Die Bremische Verwaltung setzt als E-Mail-System Microsoft Exchange 5.5 und Outlook an ca. 10.000 Arbeitsplätzen ein. Der zentrale Übergabepunkt ist per Rahmenvertrag auf jeden Fall als Aufgabe der Brekom festgeschrieben.

Kunde ist die jeweilige Dienststelle bzw. Einrichtung, die das Produkt BKNmail nutzt. BKNmail ist der Produktname für die von Brekom angebotenen Dienstleistungen E-Mail und Faxservice. BKNmail ist Bestandteil des BVN. Grundsätzlich gibt es zwei Bestandteile:

Brekom betreibt für die Teilnehmer des BVN die für den Empfang, das Versenden, die Verteilung und die Weiterleitung von E-Mails sowie den Empfang und das Versenden von Telefaxnachrichten als Anhang zu E-Mails notwendigen Systeme. Voraussetzung für die Nutzung von BKNmail ist ein BVN-Zugang. Für die Nutzung des Faxservice ist zusätzlich ein Anschluss an das TK-System von Brekom bzw. die Nutzung des Dienstes BKNvoice erforderlich. Brekom sorgt mit den zentralen Systemen für die Annahme und Weiterleitung von E-Mails aus dem Internet und anderen angeschlossenen Netzen (z.B. TESTA) sowie für den Versand von E-Mails der BVN-Teilnehmer untereinander und zu externen Mail-Adressen.

Die Brekom bietet optional auch das Speichern der Mails in E-Mail Postfächern als Dienstleistung an: Brekom stellt den Kunden Postfächer auf von Brekom betriebenen Servern zur Verfügung, auf die über das BVN zugegriffen werden kann. Diese Postfächer sind mit verschiedenen in der Preisliste BKNmail aufgeführten Speicherkapazitäten erhältlich. Brekom stellt den Kunden im AD geeignete Schnittstellen für die Verwaltung der Postfächer zur Verfügung. Für Postfächer auf Brekom Servern übernimmt Brekom sowohl die Datensicherung als auch den Virenschutz.

10.1.4.2 Einsatzbereiche des Dienstes:

E-Mail, Fax

10.1.4.3 Zielgruppen für die Nutzung des Dienstes:

Alle Nutzer und IT - Systeme im BVN, externe Nutzer von Diensten

10.1.4.4 Weiterentwicklung des Dienstes und Schnittstellen zu anderen Diensten:

Die bremische Verwaltung plant die Erneuerung ihrer Exchange-Systeme und eine deutliche Reduzierung der Standorte. Nach einer Umstellung auf die Exchange-Server Version 2003 auf den von Brekom betriebenen Servern werden und der Einbeziehung dieser Schnittstellen in das „Sicherheitskonzept BVN“ den Nutzern von Postfächern auf Brekom-Mailservern auch Schnittstellen für Outlook Web Access (OWA) und Outlook Mobile Access (OMA) zur Verfügung gestellt.

10.1.4.5 Bezugsquellen für den Dienst:

Die Beauftragung erfolgt direkt an die Brekom durch die nutzenden Einrichtungen gemäß der aktuellen Preisliste, die im Infosys veröffentlicht wird.

Ansprechpartner:

Senator für Finanzen, Referat 36, Thomas Langhammer

E-Mail: office-ref36@finanzen.bremen.de, Tel. 0421 – 361 5518

10.1.5 Governikus

10.1.5.1 Beschreibung des Dienstes:

Die Sicherheitsanforderungen der Identifikation, Berechtigung, Vertraulichkeit und Rechtsverbindlichkeit (Unabstreitbarkeit, Zustellung) werden in Bremen über eine zentrale Transport- und Sicherheits-Software abgewickelt, Governikus. Governikus ist eine Middleware, d.h. Nutzerinnen und Nutzer wenden die Software nur über andere Anwendungen an, z.B. über elektronische Formulare, EGVP/EGVP-HB und Fachverfahren.

Governikus ist ein OSCI-Intermediär, d.h. alle Kommunikation erfolgt auf Basis des Transportprotokolls OSCI-Transport, dass für den sicheren Rechtsverkehr in Deutschland empfohlen wird und in mehreren Bereichen auch verbindlich vorgeschrieben ist.

Governikus ist eine zentrale Software, die wichtige Funktionen wie die Zustellung der Nachrichten und die Überprüfung der Gültigkeit elektronischer Signaturen anbietet und für alle Anwender in Bremen zur Verfügung stellt.

10.1.5.2 Einsatzbereiche des Dienstes:

Governikus wird überall dort eingesetzt, wo sicherer Transport von Nachrichten notwendig ist. Das sind grundsätzlich alle E-Government-Angebote, die nicht anonym genutzt werden bzw. Rechtsverbindlichkeit beanspruchen.

Bisher realisierte Anwendungsbereiche von Governikus sind:

- alle elektronisch signierbaren Formulare auf www.bremen.de
- elektronische Dienstleistungen wie Fahrzeuganmeldungen, Registereuskünfte usw.
- der elektronische Rechtsverkehr
- das Mahnverfahren
- elektronische Angebotsabgabe im Vergabewesen
- elektronische Sachverhaltsaufklärung für Ärzte
- Übermittlung von Zahlungsdaten.

Zentrale Verfahren wie das Melde-, Kfz- und Gewerbewesen, die kürzlich neu beschafft worden, sehen den Einsatz von Governikus in ihre E-Government-Komponenten vor.

10.1.5.3 Zielgruppen für die Nutzung des Dienstes:

Anwender und Entwickler von E-Government-Verfahren, in denen Sicherheit, Identifikation und Berechtigung der Nutzerinnen und Nutzer zu den Anforderungen gehören.

10.1.5.4 Weiterentwicklung des Dienstes und Schnittstellen zu anderen Diensten:

Als Middleware besitzt Governikus klar definierte Schnittstellen zu sog. „Back-End“-Verfahren, in denen die eigentliche Datenverarbeitung erfolgt. Außerdem sind die Schnittstellen zum „Front-End“, in dem die Dateneingabe bzw. –erfassung, erfolgt, definiert. Das Produkt besitzt entsprechende „Enabler“ die in die Fachsoftware integriert werden können.

Realisierte Schnittstellen bestehen zu den elektronischen Formularen auf www.bremen.de, der Fachsoftware im Amt für Straßen und Verkehr, MESO, iKol/eKOl und MIGEWA (Melde, Kfz- und Gewerbesoftware im Stadtamt), und den Basiskomponenten EGVP/EGVP-HB sowie Vergabe@work.

Governikus ist eine bundesweit eingesetzte Standardsoftware. Sie wird beim Bund und in 13 von 16 Ländern eingesetzt, die auch dem Pflegevertrag des KoopA beigetreten sind. Die Weiterentwicklung von Governikus hängt damit maßgeblich von bundesweiten Abstimmungs- und Entscheidungsprozessen ab, in denen Bremen zwar eine wichtige Rolle (u.a. als Leitung des Lenkungsausschusses Governikus des KoopA), aber, als kleinstes Bundesland, eben auch eine begrenzte Rolle spielt.

Governikus implementiert immer die aktuelle Version des rechtlich verbindlichen OSCI-Transport-Protokolls und unterstützt immer alle gängigen Signaturangebote, d.h. die entsprechenden Formate und Anbindungen an Trustcenter und deren Sperrlisten. Für die Anwender in Bremen bedeutet das, dass sie bei der Wahl von Signatur- und Verschlüsselungsanbietern nicht auf einen Herausgeber festgelegt sind, sondern (innerhalb des „Standard“-Marktes) frei entscheiden können.

10.1.5.5 Bezugsquellen für den Dienst:

Governikus steht als Basiskomponente allen Dienststellen in der Freien Hansestadt Bremen zur Verfügung.

Neu-Anwender wenden sich zur Koordination an:
Senator für Finanzen, Referat 36, Thomas Langhammer
E-Mail: office-ref36@finanzen.bremen.de, Tel. 0421 – 361 5518

Hersteller und Entwickler für Governikus ist
bremen online services GmbH & Co KG; Dr. Stephan Klein.
E-Mail: info@bos-bremen.de, Tel. 0421 - 20495-0

10.1.6 Anbindung von DVDV und DNDV

10.1.6.1 Beschreibung des Dienstes:

Das Deutsche Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV) ist eine Datenbank, die Behörden, Dienste und Betreiber verzeichnet. Sie wird für den elektronischen Datenaustausch zwischen Behörden benötigt. Die Funktion des DVDV lässt sich am besten in Analogie zum World Wide Web erklären. Web-Nutzern sind die sogenannten *Unified Resource Identifiers* (URIs) wohl vertraut, mit denen die Webserver im Internet adressiert werden (z.B. 194.95.254.61 oder deren Aliase wie www.bremen.de). Alle URIs für das World Wide Web werden z.B. durch das *Domain Name System* (DNS) verwaltet. Maschinen, die untereinander kommunizieren, brauchen ein ähnliches Adressbuch um sich gegenseitig zu finden. Das ist das DVDV.

Das System basiert vollständig auf weit - verbreiteten Internet-Protokollen und Standards. Die Datenbank ist gemäß LDAP strukturiert, und die Kommunikation mit dem DVDV erfolgt über XML-Nachrichten, die aus sicherheitstechnischen Erwägungen über OSCI-Transport gesendet werden. Der Schutzbedarf des DVDV ist hoch, da insbesondere die Integrität der Daten Voraussetzung für die reibungslose Abwicklung des elektronischen Datenaustausches zwischen den Behörden ist.

Um möglichst mit wenig Aufwand eine hohe Performanz zu gewährleisten, ist das DVDV als kooperatives Modell konzipiert. Den Kern bildet ein zentraler Replikationsserver. Er ist die einzige Stelle bei der ein schreibender Zugriff erfolgt. Mit Hilfe eines Softwareprogramms, dem Pflegeclient, können dazu berechtigte Stellen die Daten für Behörden, Dienste und Betreiber pflegen. Im Meldewesen haben die Länder entsprechende Stellen bereits identifiziert, die sogenannten „Pflegerischen Stellen“. Sie haben bereits die Daten für die Meldebehörden gesammelt.

Suchabfragen werden nicht an den zentralen Replikationsserver gestellt, sondern ausschließlich an die dezentralen Produktionsmaster. Der Replikationsserver spiegelt seinen Datenbestand regelmäßig auf diese Server. Diese Server teilen sich damit die Anfragelast und springen auch gegenseitig ein wenn mal einer ausfällt. Durch die zentrale Replikation ist gewährleistet, dass derselbe Datenbestand stets überall zur Verfügung steht. Häufig wird das DVDV in engem Zusammenhang mit den Begriffen PKI, Clearingstellen, Zuständigkeitsfindern sowie Brokern genannt. Zwischen diesen gibt es enge fachliche Zusammenhänge. Eine systematische Unterscheidung ist jedoch erforderlich.

Eine *Public Key Infrastruktur* (PKI) stellt Zertifikate für Verschlüsselungs- und Signierschlüssel zur Verfügung. Das DVDV verzeichnet zwar Zertifikate bzw. Verweise darauf, stellt sie jedoch nicht selber aus. Die Erstellung und Verteilung von Zertifikaten ist deshalb unabhängig vom DVDV.

Mehrere Länder richten für die Abwicklung der elektronischen Rückmeldung eine *Clearingstelle* ein, die zur Übersetzung von Datenformaten und auch zum Bündeln technischer An- und Abfragen dient. Die Clearingstellen nutzen das DVDV, wie

andere Behörden auch. In einigen Ländern wird die o.g. pflegende Stelle in Personalunion mit den Clearingstellenbetreibern wahrgenommen.

Ein *Zuständigkeitsfinder*, wie er in mehreren Bundesländern bereits im Einsatz ist und auch Gegenstand der entsprechenden Deutschland-Online-Projektgruppe ist, dient menschlichen Nutzern. Das DVDV erinnert zwar daran, ist aber ausschließlich für die Maschine-zu-Maschine-Kommunikation konzipiert. U.U. könnte ein Zuständigkeitsfinder später Daten aus dem DVDV nutzen.

Ein *Broker* soll im Meldewesen Mehrwertdienste anbieten, insb. die Verkettung von Suchanfragen, wenn z.B. ein Bürger oder eine BürgerIn über „zwei Ecken“ verzogen ist. Der Broker wird dazu das DVDV nutzen können, die „Logik“ der Abfrage wie auch die Frage der Abrechnung ist jedoch ausschließlich Sache des Brokers selber und wird nicht im DVDV gehandhabt.

Im Zusammenhang mit dem EGVP wird es notwendig, ein gemeinsames Verzeichnis der Teilnehmer am elektronischen Rechts- bzw. zukünftig des Verwaltungsverkehrs zu erstellen. Für den Bereich Justiz gibt es bereits einen gemeinsamen Registrierungsserver, der in Nordrhein-Westfalen betrieben wird.

Analog zum DVDV wird es erforderlich sein, diesen Server und weitere Registrierungsserver, wie sie z.B. im Zusammenhang mit den VPS-Anwendungen des Bundes und des EGVP-HB (s. Kapitel 9.2.5.) entstanden sind, zusammenzuführen. Der Arbeitsbegriff dafür ist das Deutsche Nutzerdiensteverzeichnis (DNDV), in dem nicht die Dienste, sondern die Teilnehmer verzeichnet werden (Behörden). Inwieweit DNDV und DVDV integriert werden können, ist zu prüfen.

10.1.6.2 Einsatzbereiche des Dienstes:

Erster Anwendungsbereich für das DVDV ist das das Meldewesen. Dort soll ab 1.1.2007 auf den länderübergreifenden Austausch von Rückmeldungen in Papierform verzichtet werden. Ähnliche Anwendungsszenarien entstehen zur Zeit im Bereich der Justiz bei der Einführung des Elektronischen Rechtsverkehrs. Auch das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) will das DVDV für die Sammlung der Daten zur Herstellung der Steuer-ID nutzen.

Das DVDV soll einmal alle elektronischen Dienste in Deutschland verzeichnen. Denn genausowenig wie es sinnvoll wäre, Telefonbücher nur für BürgerInnen, deren Nachname mit „A“ oder „M“ anfängt, oder „Gelbe Seiten“ nur für eine Branche, z.B. nur Fahrradhändler oder Bäcker, einzurichten, ist es nicht sinnvoll, ein solches technisches Verzeichnis nur für eine Anwendung wie z.B. dem Meldewesen einzurichten.

10.1.6.3 Zielgruppen für die Nutzung des Dienstes:

Anwender und Entwickler von E-Government-Verfahren, die länderübergreifend bzw. bundesweit zur Verfügung stehen.

10.1.6.4 Weiterentwicklung des Dienstes und Schnittstellen zu anderen Diensten:

Das DVDV wird im Auftrag des KoopA ADV entwickelt und betrieben. Das Bundesamt für Informationstechnik (BIT) betreibt den zentralen Server; die Länder Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen (die letzten vier gemeinsam) haben bereits erklärt, dass sie bzw. zu diesen Ländern gehörende Rechenzentren die dezentralen Systeme aufzubauen.

Das DVDV wird für alle Fachverfahren erreichbar sein, die elektronische Dienste in Anspruch nehmen.

10.1.6.5 Bezugsquellen für den Dienst

Pflegende Stelle für das DVDV in Bremen ist

Bremen online services GmbH & Co KG, Markus Ernst,
E-Mail: me@bos-bremen.de, Tel. 0421 20495 -30

Anfragen können auch gerichtet werden an:
Senator für Finanzen, Referat 36, Dr. Martin Hagen,
E-Mail: office-ref36@finanzen.bremen.de, Tel. 0421 – 361 4746

Web: www.dvdv.de

10.2 Basisdienste

10.2.1 Informationssystem „InfoSys“, Verwaltungsportal im Intranet

10.2.1.1 Beschreibung des Dienstes

Das auf dem CMS Six basierende Informationssystem stellt Informationen und Dienste für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Konzerns Bremen zur Verfügung. Die Dokumente und Informationen sind in Ordnern und Kategorien strukturiert und können mit einem Web-Browser gelesen werden. Die Informationen werden themen- und dienststellenbezogen angeboten. Zur Recherche steht eine Suchmaschine zur Verfügung, die neben Metadaten auch den Volltext berücksichtigt. Es wird ein Abodienst angeboten, der die Nutzer benachrichtigt, wenn in vorher ausgewählten Ordnern neue Dokumente eingestellt werden.

Im Testbetrieb ist die Einrichtung dienststellenbezogener, lokaler Angebote mit beschränkten Nutzergruppen.

10.2.1.2 Einsatzbereiche des Dienstes:

InfoSys stellt ein Teil des erforderlichen Informations- und Wissensmanagements für den jeweiligen Arbeitsbereich dar. Mit InfoSys werden verwaltungsinterne Informationen und Dokumente innerhalb der Konzerns Bremen effektiv verteilt, themenbezogen bereitgestellt und können einfach und zeitlich unabhängig genutzt werden. Neben der vorgangsbezogenen und historisch orientierten Aktenhaltung entsteht ein nutzerbezogener aktueller Informations- und Datenspeicher.

10.2.1.3 Zielgruppen für die Nutzung des Dienstes:

Kernverwaltung

Gesellschaften, sofern sie den Regelungen innerhalb des BVN beigetreten sind
Spezielle (externe) Nutzergruppen bei Einhaltung gesonderter Datenschutz- und Sicherheitsvorgaben (z.B. Bürgerschaftsabgeordnete, Deputationsmitglieder)

10.2.1.4 Weiterentwicklung des Dienstes und Schnittstellen zu anderen Diensten:

Internet und Intranet beruhen bereits auf der gleichen Basiskomponente, dem Contentmanagementsystem der Firma Six. In der Planung für 2006 ist vorgesehen, dass auch die Oberfläche (Design, Struktur) und die Funktionalitäten von InfoSys den Six-Basismodulen für die Webauftritte der Dienststellen und der Oberfläche von bremen.de angepasst werden sollen. Bei der Nutzung, Schulung, Weiterentwicklung beider Bereiche, bei der Administration und Redaktion der Systeme sollen dadurch Synergieeffekte erreicht werden.

Weiterhin ist eine Schnittstelle zwischen InfoSys und der Basiskomponente für das Dokumentenmanagement- und Workflowsystem VISkompakt vorgesehen. Dadurch soll ein weitgehend automatisierter Datenaustausch zwischen beiden Systemen ermöglicht werden.

Für die Umsetzung dienststellenbezogener, lokaler Teilsystem des InfoSys ist die Einbindung des AD als Verzeichnisdienst notwendig. Die Realisierung ist für Ende 2006 geplant.

10.2.1.5 Bezugsquellen für den Dienst:

Für InfoSys steht eine Landeslizenz für den Konzern Bremen zur Verfügung. Der Zugriff ist für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Zugang zum Bremischen Verwaltungsnetz gegeben. Spezielle (externe) Nutzergruppen können den Zugriff über das Referat 36 beantragen.

Ansprechpartnerin:

Senator für Finanzen, Referat 36, Birgit Berger

E-Mail: Birgit.Berger@finanzen.bremen.de, Telefon: 0421 – 361 59229

10.2.2 bremen.de, offizielles Informationssystem des Landes Bremen

10.2.2.1 Beschreibung des Dienstes:

www.bremen.de ist der offizielle Internetauftritt des Landes und Stadtgemeinde Bremen. Über das Portal werden neben Inhalten, Anwendungen und Präsentationen der öffentlichen Verwaltung auch solche Dritter zur Verfügung gestellt. Vermarktung und Weiterentwicklung im kommerziellen Bereich erfolgen durch die bremen.online GmbH, auf die diese Aufgaben übertragen worden sind. Für die redaktionelle Arbeit wurden drei Teilredaktionen (öffentlicher Bereich, Non-Profit - Bereich, kommerzieller Bereich) eingerichtet, die die Inhalte auswählen und in eine zur Veröffentlichung geeignete Fassung bringen.

Die Internetauftritte der Dienststellen der FHB sollen über bremen.de erreichbar und recherchierbar sein. Sie sollen mittelfristig in Bezug auf Inhalte, Funktionen, Struktur und Design möglichst weitgehend in bremen.de integriert werden.

10.2.2.2 Einsatzbereiche des Dienstes:

Bremen.de soll einen allgemeinen Grundversorgungsauftrag bezüglich Informationen über Bremen erfüllen und eine zentrale Plattform für E-Government-Dienste der FHB darstellen. Gleichzeitig dient es dem Marketing und der Wirtschaftsförderung sowie der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.

10.2.2.3 Zielgruppen für die Nutzung des Dienstes:

Alle Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Initiativen, Unternehmen, Mittler wie z.B. Rechtsanwälte, Notare, Steuerberater, Verwaltungsmitarbeiterinnen

10.2.2.4 Weiterentwicklung des Dienstes und Schnittstellen zu anderen Diensten:

Die Weiterentwicklung von bremen.de erfolgt in Abstimmung zwischen der bremen.online GmbH und der FHB und soll ein hohes inhaltliches, gestalterisches und technisches Qualitätsniveau sicherstellen. Dazu gehören kurzfristig u.a. die Integration von bremen.de mit dem Verwaltungsportal, die Förderung bürgerschaftlichen Engagements über unterschiedliche Beteiligungsangebote, die Verbesserung der Suche über verschiedene Instanzen hinweg und die Verringerung des Aufwandes für die Nutzung des online-Angebotes aus Sicht der Anwender (Registrierung, gleiche Dialoge und Oberflächen, einheitliches Look and Feel)

10.2.2.5 Bezugsquellen für den Dienst:

Normaler Internetzugang

Ansprechpartner:

Teilredaktion Verwaltung: Senator für Finanzen, Referat 36, Holm Triesch

E-Mail: Holm.Triesch@finanzen.bremen.de, Telefon: 0421 – 361 2851

Teilredaktion Non-Profit: Senator für Finanzen, Referat 36, Christine Tigges,

E-Mail: Christine.Tigges@finanzen.bremen.de, Telefon: 0421 – 361 4975

Teilredaktion kommerzieller Bereich: bremen.online GmbH, Holger Mayer,
E-Mail: HMayer@bos.bremen.de, Telefon: 0421 – 204 95 20

10.2.3 VIS-Kompakt

10.2.3.1 Beschreibung des Dienstes:

VISkompakt ist ein Dokumentenmanagement- und Workflowsystem, das auf den von der Koordinierungs- und Beratungsstelle der Bundesregierung für Informationstechnik in der Bundesverwaltung (KBSt) formulierten Anforderungen und Konzepten für die IT - gestützte Vorgangsbearbeitung (DOMEA-Konzept) beruht. Für die Recherche in Aktenbeständen steht ein Web-Recherche-Client zur Verfügung.

10.2.3.2 Einsatzbereiche des Dienstes:

IT - gestützte Schriftgutverwaltung und Registratur
elektronische Akte

IT - gestützte Vorgangsbearbeitung (strukturierter und unstrukturierter Workflow)
Backoffice-Bereich bei E-Government-Prozessen mit externer Kundengruppen
Recherche in den für den Nutzer zugelassenen Aktenbeständen

10.2.3.3 Zielgruppen für die Nutzung des Dienstes:

Alle Verwaltungsbereiche

10.2.3.4 Weiterentwicklung des Dienstes und Schnittstellen zu anderen Diensten:

Schnittstellen zu Fachverfahren

Schnittstelle zu Governikus/Govello (Virtuelle Poststelle) für die elektronischen Weiterbearbeitung von Dokumenten externer Beteiligter (u.a. elektronischer Rechtsverkehr)

Schnittstelle zu Six-CMS (u.a. für die automatisierte Veröffentlichung von Dokumenten im InfoSys und im Internet)

Realisierung dienststellenübergreifend genutzter zentraler Dokumentenarchive dezentral und zentral nutzbare Scan-Module

10.2.3.5 Bezugsquellen für den Dienst:

Für die FHB steht eine Landeslizenz zur Verfügung. Für die Nutzung von VISkompakt ist die Einrichtung des Benutzers im Active Directory der jeweiligen Domäne und eine Zuordnung zu Nutzergruppen des jeweiligen VIS-Mandanten des Ressorts bzw. der Dienststelle durch die IT - Verantwortlichen der Ressorts bzw. Dienststellen erforderlich.

Ansprechpartnerin:

Senator für Finanzen, Referat 36, Heide Vathauer,

Heide.Vathauer@finanzen.bremen.de, Telefon: 0421 – 361 10709

10.2.4 Beteiligungsplattform

10.2.4.1 Beschreibung des Dienstes:

Die Plattform für Beteiligungs- und eDemocracy-Projekte soll auf der Basis von SIX-CMS im Intranet (InfoSys) und im Internet (bremen.de, Verwaltungsportal) Tools für Projekte, Initiativen, Einzelmaßnahmen usw. bereitstellen. Folgende Tools sind vorgesehen bzw. bereits vorhanden:

Kartentool (geplant)
Newsletter
Fragebogen
Meinungsumfrage, Voting, Abstimmungen
Diskussionsforum (einfache Form)
komplexes und moderierbares Diskussionsforum (geplant)
Ideenbörse, Schwarzes Brett
Chat (geplant)
Weblogg (geplant)
Kooperations-, Dokumenten- und Redaktionssystem (geplant)
Kalenderfunktionen
...

Die Gesamtheit der geplanten Toolsammlung soll sich für alle Arten von Beteiligungs-Kommunikations- und Informationsvorhaben eignen: einmalige Aktionen wie z.B. Meinungsumfragen, regelmäßige Aktionen wie Newsletter, zeitlich befristete Diskussionsforen, formale Beteiligungen der öffentlichen Verwaltung, Projekte von Initiativen und Vereinen.

10.2.4.2 Einsatzbereiche des Dienstes:

Alle Aktionen, die eine aktive Beteiligung mit geschlossenen oder offenen Zielgruppen vorsehen. Die Schwerpunkte liegen dabei sowohl innerhalb der Verwaltung, bei offiziellen Beteiligungsverfahren mit der Verwaltung als auch bei Initiativen, die das bürgerschaftliche Engagement fördern.

10.2.4.3 Zielgruppen für die Nutzung des Dienstes:

Alle Organisationen der FHB und im Non-ProFIT - Bereich, die Beteiligungs-/eDemocracy-Projekte realisieren wollen.

10.2.4.4 Weiterentwicklung des Dienstes und Schnittstellen zu anderen Diensten:

Verbesserung, Weiterentwicklung der vorhandenen Tools, Ergänzung der Toolsammlung

10.2.4.5 Bezugsquellen für den Dienst:

Ansprechpartnerin:
Senator für Finanzen, Referat 36, Christine Tigges,
E-Mail: Christine.Tigges@finanzen.bremen.de, Telefon: 0421 – 361 10709
Bremen.online GmbH, Frau Birte Plutat,

E-Mail: Birte.Plutat@bos.bremen.de, Telefon: 0421 – 20495 52

10.2.5 Elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach in Bremen (EGVP/EGVP-HB)

10.2.5.1 Beschreibung des Dienstes:

Das „Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach“ (EGVP) ist ein Programm, mit dem Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeiter untereinander und mit ihren Kunden (Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Kolleginnen und Kollegen in anderen Verwaltungen) rechtsverbindlich und sicher Nachrichten austauschen können. Es funktioniert im Prinzip wie E-Mail. Im Gegensatz zur herkömmlichen E-Mail werden die Nachrichten jedoch signiert und verschlüsselt. Für jede Nachricht werden überdies Protokollinformationen angelegt, über das auch die Versendung und Zustellung kontrolliert werden können.

Das EGVP basiert technisch auf dem Produkt Govello bzw. der Virtuellen Poststelle des Bundes, die beide von der Firma bremen online services GmbH und Co KG entwickelt wurden. Die EGVP-Nachrichten werden über das in Bremen für den sicheren Nachrichtenaustausch vorgeschriebene OSCI-Transport-Protokoll versendet.

10.2.5.2 Einsatzbereiche des Dienstes:

Das EGVP bzw. EGVP-HB kann überall dort eingesetzt werden, wo rechtsverbindlich und sicher kommuniziert werden soll und deshalb eine Nachrichtenversendung über E-Mail nicht in Frage kommt. Das ist grundsätzlich bei sensiblen Anwendungsbereichen der Fall, also insbesondere wenn persönliche Daten übertragen werden soll oder die Identifikation und Berechtigung der Kommunikationsteilnehmer überprüft werden sollen. Ein weiterer Anwendungsbereich ergibt sich überall dort, wo die Zustellung und der Empfang sichergestellt werden sollen.

Bisher realisierte Einsatzbereiche für das EGPV/EGVP-HB sind:

- der elektronische Rechtsverkehr (zwischen und mit allen Bremer Gerichten)
- die Elektronische Sachverhaltsaufklärung für Ärzte (Projekt ELSA beim Versorgungsamt)
- die Übermittlung von Zahlungsdaten an die LHK.

Das EGVP-HB soll auch dafür eingesetzt werden, um auf Amtsseite elektronische Formulare der Bürger entgegenzunehmen.

Grundsätzlich soll das EGVP/EGVP-HB flächendeckend in Bremen eingesetzt werden. Damit ist es möglich, alle Kommunikation, für die E-Mail nicht ausreichend ist, mit Hilfe nur EINES Programmes zu erledigen. Außerdem kann so der elektronische Zugang nach § 3a Verwaltungsverfahrensgesetz auf einfache Art und Weise eröffnet werden.

10.2.5.3 Zielgruppen für die Nutzung des Dienstes:

Alle Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeiter, die sichere Nachrichten elektronisch versenden müssen oder wollen.

Mindestens ist der Einsatz in den Poststellen der Dienststellen vorgesehen. Dort können ggf. Formatkonvertierungen, notfalls auch der Ausdruck während einer Übergangszeit, vorgenommen werden.

Das EGVP/EGVP-HB wird auch von den Kunden der öffentlichen Verwaltung eingesetzt, mit denen die öffentliche Verwaltung sicher kommunizieren muss.

10.2.5.4 Weiterentwicklung des Dienstes und Schnittstellen zu anderen Diensten:

Das EGVP in seiner heutigen Form wurde im Auftrag der Justizverwaltung entwickelt und ist für den Einsatz im elektronischen Rechtsverkehr optimiert. So ist das Nachrichtenfenster um justizspezifische Elemente angereichert worden, und über das Adressbuch des EGVP lassen sich zunächst nur Gerichte finden.

Beim Versorgungsamt und der Landeshauptkasse wurden Varianten dieser Software eingeführt – unter dem Titel „Govello“ (so der Produktname des Herstellers) bzw. „Virtuelle Poststelle“. Um auf die gemeinsame technische Basis mit dem EGVP der Justiz hinzuweisen, werden diese Produkte als EGVP-HB bezeichnet.

Denn das Konzept des EGVP beinhaltet mit Absicht den Einsatz auch in der allgemeinen Verwaltung – daher das „V“ im EGVP. Analog des Vorgehens in der Justiz ist es dafür erforderlich, dass in einer bundesweiten Kooperation ein gemeinsamer Standard für das Nachrichtenfenster und die entsprechende Erweiterung des Adressbuches um alle öffentlichen Verwaltungsstellen betrieben wird. Bremen unterstützt aktiv diese Bemühungen um Vereinheitlichung.

Einschlägige Bemühungen dazu erfolgen im Lenkungsausschuss Governikus des KoopA ADV, der von Bremen geleitet wird. In ihm entscheiden die Anwender von Governikus, die auf die Produktplanung Einfluss nehmen wollen, auch über die Fortentwicklung von Govello, dass diesen Anwendern ebenfalls zur Verfügung steht. Bremen ist überdies Gast im Lenkungsausschuss Virtuelle Poststelle des Bundes, um so die gemeinsame Abstimmung bei der Fortentwicklung zu gewährleisten.

Obwohl damit die Entwicklung eines auch für die allgemeine Verwaltung einsetzbaren EGVP angestoßen ist, ist der Stand der momentanen Projektentwicklung, dass die in Bremen außerhalb der Justiz eingesetzten Varianten des Govello noch nicht mit dem EGVP integriert sind. Deshalb werden diese unter dem Begriff EGVP-HB zusammengefasst. Damit wird deutlich, dass es sich noch um zwei verschiedene Produkte bzw. sogar Systeme (unterschiedliche Fenster und Adressserver) handelt, aber eine Integration beabsichtigt ist.

Auch innerhalb der EGVP-HB-Entwicklung ist eine Vereinheitlichung der bestehenden Implementierungen vorgesehen. Diese kann jedoch relativ kurzfristig erreicht werden, so dass in Bremen in den Jahren 2006-2008 das EGVP-HB in allen Bereichen außerhalb der Justiz (dort ist das EGVP bereits eingeführt) eingesetzt werden kann.

Das EGVP/EGVP-HB bedingt den Einsatz von Governikus (s. Kapitel 9.1.5.). Da Governikus direkt mit Fachverfahren verknüpft werden kann, ist so auch eine Verknüpfung von EGVP/EGVP-HB mit Fachverfahren möglich. Auch der umgekehrte

Weg, also Erzeugung von EGPV/EGVP-HB-Nachrichten aus Fachverfahren, ist möglich.

Elektronisch signierte und verschlüsselte Formulare sollen ebenfalls über den EGVP-HB die zuständigen Sachbearbeiterinnen und –bearbeiter erreichen.

Außerdem werden Schnittstellen zu VISKompakt (s. 9.2.3.) und dem noch aufzubauenden Archivierungssystem geplant.

EGVP und EGVP-HB bedingen sog. Registrierungsserver zum Verzeichnis der Kommunikationsteilnehmer. Für das EGVP gibt es bereits ein zentrales Verzeichnis, das in Nordrhein-Westfalen betrieben wird.

Für das EGVP-HB sind die bestehenden Registrierungsserver in Bremen zu konsolidieren. In Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und dem Bund wurden bereits erste Vorbereitungen vereinbart, um einen solchen Registrierungsserver mit anderen zusammenzuschließen, um schließlich eines Tages ein gemeinsames „Deutsches Nutzer-Dienste Verzeichnis“ (DNDV, Arbeitstitel, s. dazu Kap. 9.1.6.), aufzubauen.

10.2.5.5 Bezugsquellen für den Dienst:

Das EGVP ist in der Justizverwaltung im Einsatz.

Die Einführung des EGVP-HB wird über den Senator für Finanzen- Referat 36 koordiniert. Ansprechpartner ist
Senator für Finanzen, Referat 36, Thomas Langhammer
E-Mail: office-ref36@finanzen.bremen.de, Tel. 0421 – 361 5518

10.2.6 Elektronische Langzeitarchivierung

10.2.6.1 Beschreibung des Dienstes:

Die elektronische Langzeitarchivierung soll die Registrierung- und Archivierungsprozesse für die elektronische Akte und für elektronische Datenbestände aus Fachverfahren ohne Medienbrüche abbilden. Ebenfalls wird der Einstieg für herkömmliche Datenbestände möglich sein, um u.a. Platzprobleme zu lösen.

10.2.6.2 Einsatzbereiche des Dienstes:

Die Dienste sollen über das BVN erreichbar sein. Schnittstellen sind für nahezu alle Fachverfahren möglich. Darüber hinaus werden auch Daten aus den lokalen Beständen wie z.B. E-Mail zu archivieren sein.

10.2.6.3 Zielgruppen für die Nutzung des Dienstes:

Kernverwaltung
Eigenbetriebe
bremische Gesellschaften

10.2.6.4 Weiterentwicklung des Dienstes und Schnittstellen zu anderen Diensten:

Mögliche Pilotbereiche:
SAP
Bauordnung (herkömmliches Archiv)
Gesundheitsamt (herkömmliches Archiv)

Weitere geplante Schnittstelle:
VIS-Kompakt
E-Vergabe
E-Mail
Staatsarchiv

10.2.6.5 Bezugsquellen für den Dienst:

Finanzierung:
In der Projektphase werden die Kosten aus Mittel des SfF getragen. Kooperationen insbesondere mit den norddeutschen Ländern werden geprüft.

Bezugsquellen für den Dienst:
Es ist beabsichtigt eine Landeslizenz für den Konzern Bremen zu beschaffen.

Betrieb: Wird noch festgelegt.

Ansprechpartner/innen:
Senator für Finanzen, Referat 36, Heide Vathauer,
E-Mail: Heide.Vathauer@finanzen.bremen.de, Telefon: 0421 – 361 10709
Senator für Finanzen, Referat 36, Karen Vogel-Krawczyk,
E-Mail: Karen.Vogel-Krawczyk@finanzen.bremen.de, Telefon: 0421 – 361 5515

10.2.7 E-Vergabe

10.2.7.1 Beschreibung des Dienstes:

Der Dienst wird mit den Produkten Vergabe@governikus und Vergabe@governikus zur Verfügung gestellt.

Die elektronische Vergabe unterstützt den Vergabeprozess durch die drei Vergabephasen: Vorbereitungsphase, Angebotsphase und Bewertungsphase. In der Vorbereitungsphase werden die Verdingungsunterlagen zusammengestellt, die sich aus dem Leistungsverzeichnis und aus bremischen Standardformularen zusammensetzen. In der Angebotsphase erstellen die Bieter Ihre Angebote und senden sie an die ausschreibende Stelle. Die Wertungsphase beginnt mit der Angebotsöffnung/Submission und endet mit dem Vergabevorschlag.

Vergabe@work ist eine Intranetanwendung, die die Verwaltung insbesondere in der Vorbereitungs- und Wertungsphase des Vergabeprozesses unterstützt und die Vergabeakte vollständig dokumentiert. Externe Planungsbüros im Bereich Bau werden als Auftragnehmer der Verwaltung ebenfalls über sichere Verbindungen in Vergabe@work integriert.

Vergabe@governikus unterstützt als Internetanwendung in der Angebotsphase die Kommunikation der Verwaltung mit den Bietern, die Bekanntmachungen wird hier veröffentlicht und nach einer Registrierung werden den Bietern die kompletten Ausschreibungsunterlagen zur Verfügung gestellt. Die Bieter können sich dann die Software „Bietercockpit“ herunterladen und ein elektronisches Angebot erstellen und elektronisch signiert an die Verwaltung (Vergabe@work) übermitteln.

Vergabe@work und –governikus sind von Administration Intelligence entwickelt worden. Die OSCI- konforme Signaturkomponente Governikus der bos bremen wurde integriert

10.2.7.2 Einsatzbereiche des Dienstes:

Die Dienste der elektronischen Vergabe sind über das BVN verfügbar.

Für den VOL-Bereich steht ein Standardworkflow für die gesamte Verwaltung zur Verfügung, für den Einsatz ist lediglich das Rollen- und Rechtemodell des jeweiligen Arbeitsbereiches in die Anwendung zu customizen.

Im VOB-Bereich sind bisher die Standardworkflows Landes- und Bundesbau gestaltet worden. Aufgrund der Komplexität der Workflows sind hier bei der Übertragung der Abläufe auf neue Aufgabenbereiche verstärkt Anpassungen nötig. Der Einsatz für den VOF-Bereich ist beabsichtigt.

10.2.7.3 Zielgruppen für die Nutzung des Dienstes:

Alle Beschaffungsstellen sowie zukünftig Ersteller von Leistungsbeschreibungen zur Vorbereitung einer Ausschreibung (VOL, VOB, VOF)

10.2.7.4 Weiterentwicklung des Dienstes und Schnittstellen zu anderen Diensten:

Bisher realisierte Schnittstellen Vergabe@work, Vergabe@governikus, Bietercockpit:
E-Katalog
Projektverwaltungssoftware des Landesbau
Vergabeinformationssystem Landesbau
Controllingsoftware Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Governikus
E-Mail
Offerte von RIB

Geplante Schnittstellen:

Schnittstellen zu den Bekanntmachungsplattformen Bund.de und der EU

10.2.7.5 Bezugsquellen für den Dienst:

Betrieb:

Für den Betrieb wurde ein Kompetenzzentrum E-Einkauf gegründet, das im Auftrag des Senator für Finanzen den Betrieb sicherstellt, der Auftrag umfasst u.a. :

Administration
Hotline
Customizing

Die Schulung wird durch das Aus- und Fortbildungszentrum des Senators für Finanzen durchgeführt. Inhaltliche Festsetzungen erfolgen über Anwenderbeiräte für VOL und VOB.

Finanzierung:

Die Betriebskosten setzen sich überwiegend aus den Kosten für den Betrieb der Rechner, das CCC und die Wartungslizenz zusammen.

Es ist geplant die Kosten auf alle Nutzer entsprechend ihrer Nutzungsanteile zu verteilen. In der Projektphase bis Ende 2006 werden die Kosten aus Mittel des SfF getragen.

Bezugsquellen für den Dienst:

Für die E-Vergabe steht eine Landeslizenz für den Konzern Bremen zur Verfügung. Workflows mit den dazugehörigen Nutzern können damit ohne Kosten für den Kauf der Lizenzen eingerichtet werden.

Ein Wartungsvertrag regelt die Aktualisierung des Systems aufgrund von bundesrechtlichen Anpassungen (auch Änderungen in den Vergabehandbüchern des Bundes) und technischen Neuerungen.

Ansprechpartner/innen:

VOL und Betrieb:

Senator für Finanzen, Referat 36, Karen Vogel-Krawczyk,

E-Mail: Karen.Vogel-Krawczyk@finanzen.bremen.de, Telefon: 0421 – 361 5515

VOB:

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr, Dr. Ronald Schelb,

E-Mail: Ronald.Schelb@bau.bremen.de, Telefon: 0421 - 361 2487

10.2.8 E-Katalog

10.2.8.1 Beschreibung des Dienstes:

Der Elektronische Katalog wird durch die Software Sourcing manager zu Verfügung gestellt.

Es ist eine Intranetanwendung, die als webbasierte Entwicklung über den Internetbrowser gestartet wird. Im Katalog stellen die Dienststellen und Betriebe, die Rahmenverträge für größere Nutzergruppen abschließen ihre Artikel und Beschaffungskonditionen zur Bestellung zur Verfügung. Die Bestellung wird per E-Mail an die Lieferanten gesendet. Die Prüfung der Lieferdaten und Rechnungsdaten erfolgt im Katalog und wird dort dokumentiert.

10.2.8.2 Einsatzbereiche des Dienstes:

Die Dienste des elektronischen Kataloges sind über das BVN verfügbar. Die Anwendung ist insbesondere für die zentralen Beschaffungsstellen der FHB geeignet, die eine Vielzahl von Artikeln für die gesamte Verwaltung zur Verfügung stellen. Einsatzgebiet kann aber auch die Präsentation von Artikeln für eine bestimmte Nutzungsgruppe sein, wie zum Beispiel für eine Ressort. In Planung ist, die Positionen der Jahresverträge mit dem Handwerk als Artikel zur Verfügung zu stellen. Genutzt würde die Abrufmöglichkeit von Hausmeistern etc.

10.2.8.3 Zielgruppen für die Nutzung des Dienstes:

Kernverwaltung
Eigenbetriebe
bremische Gesellschaften

10.2.8.4 Weiterentwicklung des Dienstes und Schnittstellen zu anderen Diensten:

Bisher realisierte Schnittstellen:

E-Vergabe@work

E-Mail

Office / Excel

Geplante Schnittstellen

SAP

Govello

10.2.8.5 Bezugsquellen für den Dienst:

Betrieb:

Für den Betrieb wurde ein Kompetenzzentrum E-Einkauf gegründet, das im Auftrag des Senator für Finanzen den Betrieb sicherstellt, der Auftrag umfasst u.a. :

Administration

Hotline

Die Schulung wird durch das Aus- und Fortbildungszentrum des Senators für Finanzen durchgeführt.

Finanzierung:

Für den E-Katalog steht eine Landeslizenz für den Konzern Bremen zur Verfügung. Interessenten wenden sich an die Ansprechpartner/innen.

Die Betriebskosten setzen sich überwiegend aus den Kosten für den Betrieb der Rechner, das CCC und die Wartungslizenz zusammen.

Es ist geplant die Kosten auf alle möglichen Nutzer zu verteilen. In der Projektphase bis Ende 2006 werden die Kosten aus Mittel des SfF getragen.

Ansprechpartner/innen:

Senator für Finanzen, Referat 36, Karen Vogel-Krawczyk,

E-Mail: Karen.Vogel-Krawczyk@finanzen.bremen.de, Telefon: 0421 – 361 5515

CCC, Gebäude- und Technikmanagement, Jörg Wührmann,

E-Mail: joerg.wuehrmann@gtm.bremen.de, Telefon 0421 - 361 17258

10.2.9 SAP

10.2.9.1 Beschreibung des Dienstes:

Seit Anfang 2003 befindet sich das SAP-System für die Rechnungswesen der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadt) im Produktivbetrieb.

Eingesetzte Module:

Finanzwesen FI

Anlagenbuchhaltung FI-AA

Haushaltsmanagement FI-FM

Controlling CO

Unternehmenscontrolling (Konsolidierung) EC-CS*

Investitionsmanagement IM*

Projektsystem PS

Public Sector Management PSM

Materialwirtschaft MM

Instandhaltung PM

Treasury TR-LO

Vertrieb und Distribution SD

Es bestehen z. Zt. Überlegungen im Zuge des geplanten Releasewechsels auf mySAP ERP bei einer bremischen Gesellschaft das Modul RE Flexible sowie im Hochschulbereich das Reisekostenmanagement im Laufe des Jahres 2006 einzuführen.

Die Anzahl der „named User“ beträgt bis zu 1800. Im Durchschnitt arbeiten täglich gleichzeitig ca. 350 Anwender mit dem System.

Mandanten:

Das bremische SAP-System beinhaltet zwei eingerichtete Produktivmandanten, wovon einer ausschließlich für die Universität Bremen und die Hochschulen Bremens genutzt wird.

Buchungskreise:

Während der Mandant 100 sowohl kamerale als auch doppelte Buchungskreise beinhaltet, befinden sich im Mandanten 150 (UNI/Hochschulen) ausschließlich doppelte Buchungskreise. Alle Buchungskreise werden nach den einheitlichen Vorgaben der FHB genutzt und gepflegt.

10.2.9.2 Einsatzbereiche des Dienstes:

Obligatorisch für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen in der bremischen Verwaltung sowie bei den Gesellschaften

10.2.9.3 Zielgruppen für die Nutzung des Dienstes:

Alle haushaltsbearbeitenden Mitarbeiter in der Kernverwaltung, Eigenbetrieben und Gesellschaften

10.2.9.4 Weiterentwicklung des Dienstes und Schnittstellen zu anderen Diensten:

Der Senator für Finanzen der Hansestadt Bremen setzt eine Reihe verschiedener Schnittstellentechnologien zur Interprozesskoordination ein. Im Ausgangsrelease werden folgende Schnittstellentechnologien eingesetzt:

ALE (Application Link Enabling) für die Kopplung eines autonomen HR-Systems mit dem SAP-System der FHB,

BAPI (Business Application Programming Interface),

Batch Input,

Business Connector,

IDoc (SAP-Standardformat zum elektronischen Datenaustausch zwischen Systemen)

zur Anbindung des Fachverfahrens Avviso,

Legacy Migration Workbench (LSMW),

SAP Exchange Infrastructure (XI) (nur für Elster Lohn).

Über diese Schnittstellen sind an das zentrale SAP-System der FHB ca. 55 Fachverfahren der bremischen Dienststellen und Sonderhaushalte bzw. der Gesellschaften, der Eigenbetriebe und Sonstigen Sondervermögen angebunden.

Eigenentwicklungen:

Für die besonderen Bedürfnisse der Anwender der FHB wurden ca. 200 kundeneigene Reports und ca. 40 Formulare mit den Standardtools von SAP entwickelt.

Unterstützungsstruktur:

Für die Weiterentwicklung und Pflege des Systems sowie zur Unterstützung der Anwender sind beim Senator für Finanzen zentral die entsprechenden Personalressourcen angesiedelt.

10.2.9.5 Bezugsquellen für den Dienst:

Ansprechpartner:

Senator für Finanzen, Referat 36, Torsten Rohde

Email: torsten.rohde@finanzen.bremen.de, Telefon: 0421-361 4116

10.2.10 E-Learning

10.2.10.1 Beschreibung des Dienstes:

Für die Einführung von E-Learning in der FHB ist das Produkt Datango ausgewählt worden. Es ermöglicht die Erstellung von E-Learningeinheiten, die mit dem Internetbrowser über das Intranet durchgeführt werden können. Grundsätzlich können die Lerneinheiten auf verschiedene Art gestaltet werden, der Inhalt kann als Film ablaufen oder interaktiv durch den Benutzer gesteuert. Die Lerneinheiten können sowohl losgelöst von Fachverfahren für jede Art von Lerninhalten verwendet werden, als auch in Fachverfahren integriert werden.

10.2.10.2 Einsatzbereiche des Dienstes:

Das Programm Datango kann zur Vermittlung von jeder Art Lerninhalt verwendet werden.

10.2.10.3 Zielgruppen für die Nutzung des Dienstes:

Kernverwaltung
Eigenbetriebe
bremische Gesellschaften

10.2.10.4 Weiterentwicklung des Dienstes und Schnittstellen zu anderen Diensten:

Das Aus- und Fortbildungszentrum erstellt die Lerneinheiten zu den bisherigen Fachaufgaben. Es ist geplant, dass auch andere Institutionen der FHB mit Datango arbeiten.

10.2.10.5 Bezugsquellen für den Dienst:

Finanzierung:

Für den Datango steht eine Landeslizenz für den Konzern Bremen zur Verfügung. Interessenten wenden sich an die Ansprechpartner/innen.

Die Betriebskosten bestehen überwiegend aus den Kosten für die Wartungslizenz. In der Projektphase bis Ende 2007 werden die Kosten aus Mittel des SfF getragen.

Ansprechpartner/innen:

Senator für Finanzen, Referat 36, Karen Vogel-Krawczyk,

E-Mail: Karen.Vogel-Krawczyk@finanzen.bremen.de, Telefon: 0421 – 361 5515

AFZ, Fred Hoppe-Kiaup

E-Mail: Fred.Hoppe-Kiaup@afz.bremen.de Telefon: 0421 – 361 5169

10.2.11 Arbeitszeiterfassung

10.2.11.1 Beschreibung des Dienstes:

Die Beschäftigten erfassen in der elektronische Arbeitszeiterfassung ihre An- und Abwesenheitszeiten komplett selbstverwaltend (ohne Korrekturbögen für die Personalstellen). Die Dateneingabe erfolgt über Eingabe- und Korrekturterminals in den Eingangsbereichen der Dienststelle. Buchungen sind dienststellenübergreifend möglich. Monatlich werden automatisiert Kontoauszüge für die Beschäftigten und Listen für die Personalstellen (Abwesenheiten) erstellt und versandt.

10.2.11.2 Einsatzbereiche des Dienstes:

Erfassung der persönlichen An- und Abwesenheitszeiten

10.2.11.3 Zielgruppen für die Nutzung des Dienstes:

Kernverwaltung

Nutzung für Gesellschaften möglich, Voraussetzung: BVN

10.2.11.4 Weiterentwicklung des Dienstes und Schnittstellen zu anderen Diensten:

Eine webbasierte Arbeitszeiterfassung ist in der Entwicklung. Eingaben und Korrekturen sind dann über den Arbeitsplatzrechner des Beschäftigten möglich. Eine Schnittstelle zum Mitarbeiterportal (MIP) ist geplant. Ziel ist die einmalige Erfassung der Daten durch den Beschäftigten und die Integration des MIP-Workflows.

Ein Zugriff auf die Kontoauszüge ist für den Beschäftigten dann über das Web möglich, der zentrale Ausdruck und Versand kann dadurch entfallen.

10.2.11.5 Bezugsquellen für den Dienst:

Über das Referat 36. Nach Fertigstellung der webbasierten Lösung: Über das Referat 32 des Senators für Finanzen.

Ansprechpartner:

Senator für Finanzen, Referat 36, Holm Triesch,

E-Mail: holm.triesch@finanzen.bremen.de, Telefon: 0421 – 361 2851

Webbasierte Lösung in MIP:

Senator für Finanzen, Referat 32, Alle de Haas,

E-Mail: alle.dehaas@finanzen.bremen.de, Telefon: 0421 – 361 89046

10.2.12 Geodaten

10.2.12.1 Beschreibung des Dienstes:

Realisierung eines Zugangs zu allen Geobasis- und Geofachdaten der bremischen Dienststellen über eine Geodaten-Infrastruktur

Als **Geodateninfrastruktur** wird ein komplexes Netzwerk zum Austausch von [Geodaten](#) bezeichnet, in dem Geodaten-Produzenten, Dienstleister im Geo-Bereich sowie Geodatennutzer über ein physisches Datennetz, in der Regel das [Internet](#), miteinander verknüpft sind. Im Einzelnen besteht sie aus [Geobasisdaten](#) und [Geofachdaten](#), welche auf [Geodatenservern](#) (Datenbank) abgelegt sind, standardisierten Diensten, die den Zugriff und die Bearbeitung der Geodaten ermöglichen und Geoportalen (bzw. anderen Clients), die entsprechende Benutzerschnittstellen zur Verfügung stellen.

Eine Geodateninfrastruktur soll den fachübergreifenden Zugang zu allen verfügbaren Geodaten, welche ansonsten getrennt bei den einzelnen Institutionen und Dienststellen vorliegen, ermöglichen. Sie kann auf verschiedenen räumlichen Bereichen (z.B. Stadt, Naturschutzgebiet, ...) oder hierarchischen Ebenen (Kommune, Bundesland, Land, EU, Welt) begrenzt sein.

Die hierarchische Gliederung in der öffentlichen Verwaltung in Deutschland umfasst folgende Projekte:

GDI-[Bundesland], auf Ebene des jeweiligen Bundeslandes, hier: Freie Hansestadt Bremen.

GDI-DE, auf Ebene der Bundesrepublik Deutschland

ESDI (European Spatial Data Infrastructure), auf Ebene der Europäischen Union siehe hierzu auch INSPIRE. Mit dieser Richtlinie werden alle EU-Mitgliedsstaaten verpflichtet werden, den Zugang zu unterschiedlichen Geobasis- und Geofachdaten der Verwaltungen über eine Geobasis-Infrastruktur zu realisieren. Nach einer sechsjährigen Übergangszeit sollen nahezu alle Ressorts verpflichtet werden, Metadaten über Geobasis- und Geofachdaten zu einzelnen Themenbereiche öffentlich zugänglich zu machen.

10.2.12.2 Einsatzbereiche des Dienstes:

Das Geoportal stellt die Werkzeuge zur Nutzung des Dienstes mit Hilfe eines Browsers zur Verfügung und wird in die GDI.DE und Bremen.de eingebunden. Die Fachanwendungen bleiben in fachlicher Verantwortung der jeweils zuständigen Bereiche. Im ersten Schritt sollen der Zugang zum Flächennutzungsplan und zu den Bebauungsplänen der FHB realisiert und genutzt werden. Im Rahmen von Stadtteilprojekten sind erste Nutzungen vorgesehen.

Aufgrund der INSPIRE Richtlinie wird für einige Bereiche zukünftig die Bereitstellung von Geobasis – und Geofachdaten auf Basis der europäischen Infrastruktur verpflichtend werden. Diese können dann die Geo-Infrastruktur der FHB nutzen.

10.2.12.3 Zielgruppen für die Nutzung des Dienstes:

Verwendung der Dienste und [Standards](#) bei allen Nutzern und Anbietern in den öffentlichen Verwaltungen, im kommerziellen und nichtkommerziellen Sektor, in der Wissenschaft und für Bürger.

Mit Hilfe der Geodatenbasis, eines Geoinformationsnetzwerkes sowie von Diensten schafft die GDI-DE die Voraussetzungen für die Gewinnung, Auswertung und Anwendung von Geoinformationen. Mit seiner Entschließung vom 15. Februar 2001 forderte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, politische Maßnahmen zu ergreifen, um in Deutschland den Aufbau einer nationalen Geodateninfrastruktur als öffentliche Infrastrukturmaßnahme zügig voranzutreiben. Kernbestandteil der Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) ist die [Nationale Geodatenbasis](#) (NGDB), die aus [Geobasisdaten](#) (GBD), [Geofachdaten](#) (GFD) und deren [Metadaten](#) (MD) besteht.

10.2.12.4 Weiterentwicklung des Dienstes und Schnittstellen zu anderen Diensten:

Der Bund nimmt im Bereich der Standardisierung mit SAGA eine Vorreiterrolle ein und hat im Dokument „Standards und Architekturen für E-Government Anwendungen SAGA (Version 2.1)“ (Vgl. www.kbst.bund.de) zum Bereich Geodaten bereits folgende Standards für die Interoperabilität von Anwendungen beschrieben

Der Web Map Service (WMS 99) ist ein auf SOAP / HTTP basierender, standardisierter Dienst, welcher Schnittstellen für Darstellung von geografischen Informationen in Form thematischer Karten bereitstellt. Die Spezifikation erfolgte durch das Open Geospatial Consortium (OGC).

Der WMS kann georeferenzierte, thematische Karten auf Basis von Rasterdaten (GeoTiff u. a.) und Vektordaten (ESRI-Shapes, GML u. a.) aus verschiedenen Datenquellen erzeugen. Die generierten Karten (Format PNG oder JPEG) können mit jedem gängigen Web-Browser visualisiert werden. Damit stellt der WMS eine einfache und für Datenanbieter leicht umzusetzende Möglichkeit für den interoperablen Zugriff (lesend) auf verteilte und heterogene Geodatenbestände dar. Für spezielle Anwendungen wird eine, im Internet frei verfügbare Java Run Time Version auf dem PC benötigt.

10.2.12.5 Bezugsquellen für den Dienst:

Senator für Finanzen, Referat 36, Heinrich Riehl
E-Mail: office-ref36@finanzen.bremen.de, Telefon: 0421 – 361-14016

Koordinierung des Geodaten Management in Bremen
und Vertretung Bremens in der GDI.DE:
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Frau Brandt-Wehner
<http://www.bremen.de>; Tel. 0421-361-17183